

Fragen der Freiheit



Juli–September 1997

Heft 244

Nationale und internationale Geldordnung

Alles, was unsern Geist befreit,
ohne uns die Herrschaft über uns selbst zu geben,
ist verderblich.

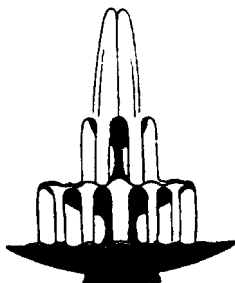
Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 244

Juli–September 1997



seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Dirk Löhr</i>	
Ursachen und Auswege aus der gegenwärtigen Konjunktur- und Beschäftigungsschwäche	3–27
<i>Wilhelm Hankel</i>	
Europa: Ausweg aus der Globalismusfalle? Wirtschaftspolitik im Globalismus	28–46
<i>Eckhard Behrens</i>	
Die richtige Inflationsrate	47–50
<i>Anton Freisal</i>	
Zur Behandlung der sogenannten Bodenreform der DDR . .	51–55
<i>Seminar für freiheitliche Ordnung</i>	
Tätigkeitsbericht 1996	56–60
Tagungsankündigungen	61–64
Die Mitwirkenden dieses Heftes	55

Ursachen und Auswege aus der gegenwärtigen Konjunktur- und Beschäftigungsschwäche

Dirk Löhr

1. Die Ausgangslage

Zur Zeit gibt es rd. 4,3 Mio. Arbeitslose, wovon viele schon über ein Jahr arbeitslos sind. Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit spiegelt dabei nicht die tatsächliche Größenordnung der Unterauslastung des Produktionsfaktors Arbeit wieder. So müßten die Kurzarbeiter auf Vollzeitarbeitslose umgerechnet werden. Der Teil der Erwerbslosen, der an Arbeitsbeschaffungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der beruflichen Fortbildung teilnimmt, wird auch nicht in der Arbeitslosenstatistik geführt. Gleiches gilt für die Personen, die entweder die Vorruhestandsregelung in Anspruch nehmen oder ein vorgezogenes Altersübergangsgeld bezogen haben. Viele Erwerbslose haben resigniert und sehen es als aussichtslos an, daß ihnen das Arbeitsamt einen Arbeitsplatz vermitteln kann, weswegen die Arbeitslosmeldung unterbleibt. Diese Gruppen müssen den sog. »Zusatzarbeitskräften« gegenübergestellt werden. Diese Zusatzarbeitskräfte suchen gerade und ausschließlich in Rezessionszeiten einen Arbeitsplatz. Hierbei handelt es sich z.B. um die verheiratete Frau, die angesichts des Umstandes, daß der Ehemann den Arbeitsplatz verloren hat, das Familieneinkommen sichern möchte. Bei dieser Gruppe steigt – entgegen der geläufigen Vorstellung – das Arbeitsangebot bei sinkendem Haushaltseinkommen (und nicht umgekehrt!). Die versteckte Arbeitslosigkeit dürfte sich mittlerweile auf weit über 2 Mio. Erwerbspersonen belaufen.

Der Arbeitsmarkt hat erhebliche Fluktuationsprozesse zu meistern. Jährlich stößt ein Arbeitsangebot von mehreren Millionen Erwerbspersonen neu auf den Arbeitsmarkt, gleichzeitig verlassen den Arbeitsmarkt jährlich mehrere Millionen Menschen¹.

Von den 4,3 Mio. offiziell registrierten Arbeitslosen geht ein großer Teil (50% dürften nicht zu hoch gegriffen sein) auf das Konto der deutsch-deutschen Währungsunion, die auf eine verheerende Art und Weise zustande gekommen ist, und bei der Regierung und Opposition gleichermaßen

¹ W. Franz, *Der Arbeitsmarkt – Eine ökonomische Analyse*, Mannheim u.a. 1993, S. 87.

versagt haben². Geht man davon aus, daß die fiskalischen Kosten für einen Arbeitslosen rund 30.000 DM betragen (Unterstützungszahlungen, Sozialversicherungsbeiträge und entgangene Steuereinnahmen³, so entstehen jährlich durch die Arbeitslosigkeit Kosten von ca. 130 Mrd. DM. Schätzungen auf der Basis des Okun'schen Gesetzes⁴ besagen für Westdeutschland, daß in den achtziger Jahren ein Anstieg der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt rund zwei Prozent Sozialprodukt gekostet hat.

Angesichts der vorhandenen 4,3 Millionen Arbeitslosen sind die Wachstumsraten zu gering, um die Arbeitslosigkeit auf absehbare Zeit abzubauen. Allein das Versprechen des Kanzlers, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren, würde nach Schätzungen auf Basis des Okun'schen Gesetzes Wachstumsraten von jährlich 12 Prozent erfordern⁵.

Betrachtet man die Arbeitslosen nach Gruppen, so wird deutlich, daß Frauen, Ausländer und ältere Erwerbspersonen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als andere. Das Risiko, arbeitslos zu werden, sinkt i.d.R. mit zunehmendem Alter, d.h. Jugendliche weisen eine höhere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit auf. Umgekehrt steht es mit der Dauer der Arbeitslosigkeit: Diese steigt mit zunehmendem Alter. Ursachen hierfür sind v.a. der höhere Kündigungsschutz älterer Arbeitnehmer. Dieser sorgt zwar dafür, daß die Gefahr, entlassen zu werden, relativ gering ist; wenn jedoch ein älterer Arbeitnehmer arbeitslos wird, hat er deutlich geringere Chancen, wieder einen Arbeitsplatz zu erhalten.

² Dies betrifft die Umstellung der Kurse sowie generell die Tatsache, daß zwei Wirtschaftsräume mit vollkommen unterschiedlicher Produktivität »über Nacht« unter das Dach einer einheitlichen Währung gepreßt wurden. Ostdeutschland war so dem Wettbewerb mit der westdeutschen Wirtschaft und dem Weltmarkt schonungslos ausgesetzt. Bei alledem waren die Löhne und Lohnsteigerungen viel zu hoch, um ein Überleben vieler Betriebe zuzulassen.

³ W. Franz, Der Arbeitsmarkt ..., a.a.O., S. 86.

⁴ Hierbei geht es um den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und der relativen Auslastung des Produktionspotentials. Die Zunahme der Arbeitslosenquote um x% führt danach zu einer Verringerung des Sozialproduktes um y% und damit zu einer Reduzierung des Auslastungsgrades ebenfalls um y%. Hierbei geht es streng genommen nicht um ein Gesetz, sondern um empirisch beobachtbare Regelmäßigkeiten, die kurzfristig stabil, längerfristig allerdings Änderungen unterworfen sind.– Gabler Wirtschaftslexikon, Art. »Okun'sches Gesetz«, 12. Aufl., Wiesbaden 1988.

⁵ So J. Gude in einem bislang unveröffentlichten Vortrag anläßlich der 21. Mündener Gespräche (Sozialwissenschaftliche Gesellschaft e.V. 1950) in Hann. Münden am 5. April 1997 zum Thema: »Wirtschaftliches Wachstum zwischen Zwang, Unvermögen und Notwendigkeit«.

2. Zwei Sichtweisen: Der geld- und realwirtschaftliche Erklärungsansatz

Gerne wird die angebots- und die nachfrageorientierte Sichtweise zur Erklärung der Politik der Tarifparteien und der Arbeitslosigkeit herangezogen. Ähnlich, aber nicht ganz identisch kann man danach unterscheiden, ob die Erklärungen der Arbeitslosigkeit (und damit auch die Therapien) als Folge einer realwirtschaftlichen Betrachtung am Arbeitsmarkt oder in Konsequenz einer monetären Analyse an den Geld- und Kapitalmärkten ansetzen.

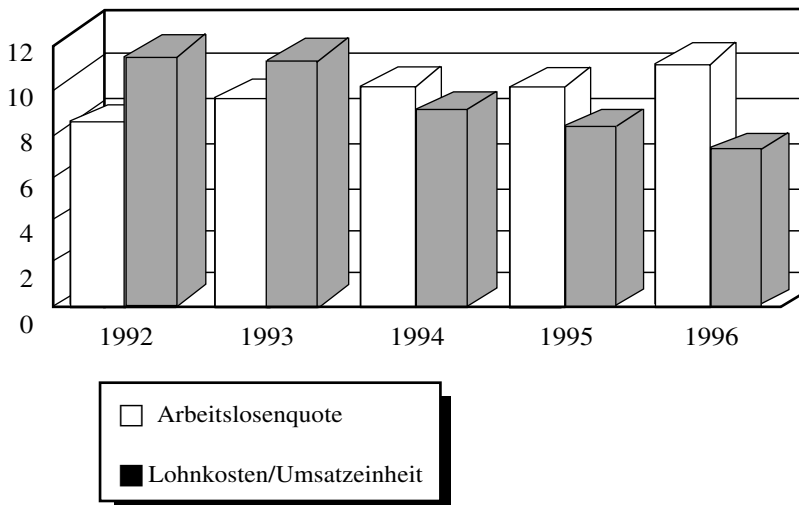
Kennzeichnend für die realwirtschaftliche Betrachtung ist, daß von den Wirkungen des Geldes weitgehend abstrahiert wird. Geld wird v.a. als Transaktionsmedium gesehen. Seinen Ausgangspunkt nahm diese Sichtweise schon in der Klassik, die Geld als Schleier über den realwirtschaftlichen Vorgängen auffaßte und von einer Dichotomie des realen und monetären Sektors ausging. Die Neoklassik wiederum basiert diesbezüglich auf dem Say'schen Theorem: Jedes Angebot schafft sich seine eigene Nachfrage – die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung ist damit angebotsinduziert. Konsequenz ist selbstverständlich, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit auf dem Arbeitsmarkt selbst gesucht werden müssen.

Auf der anderen Seite steht die monetäre Sichtweise. Geld ist nicht neutral, Geld ist auch kein Schleier über den realwirtschaftlichen Vorgängen. Die realwirtschaftlichen Vorgänge werden durch Richtung und Geschwindigkeit der Geldflüsse vielmehr maßgeblich beeinflußt. Dabei kann Geld auch als Medium der Spekulation benutzt werden – in der einen Phase wird es zurückgehalten (Kaufkraft fällt aus), in der nächsten Phase fließt es mit hoher Geschwindigkeit in die Wirtschaft zurück. Man geht von einer Hierarchie der Märkte aus: Die Vorgänge auf den Geld- und Kapitalmärkten dominieren daher diejenigen auf den Investitions- und Konsumgüter- sowie Dienstleistungsmärkten. Hiervon wiederum ist der Arbeitsmarkt abhängig, sozusagen als letztes Glied der Kette. Eine effiziente Beschäftigungspolitik muß demnach Impulse auf den Geld- und Kapitalmärkten setzen, die sich dann auf die Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte weiter fortpflanzen können und außerdem die Nachfrage ankurbeln.

2.1. Ansatzpunkt der realwirtschaftlichen Betrachtung: Der Arbeitsmarkt

2.1.1. Arbeitslosigkeit als freiwillige Arbeitslosigkeit - die klassisch-neoklassische Erklärung

Die klassisch-neoklassische bzw. angebotstheoretische Erklärung der Arbeitslosigkeit setzt am Arbeitsmarkt an. Dabei werden die Ursachen v.a. bei Transparenz- und Informationsproblemen sowie den Lohnrigiditäten geortet. V.a. die Gewerkschaften sorgen mit ihren Abschlüssen nach dieser Lesart für Lohnstückkosten, die oberhalb der Produktivitätsentwicklung liegen. Tatsächlich läßt sich jedoch darstellen, daß die Lohnkosten je Umsatzeinheit von 1992 bis 1996 gesunken sind, während die Arbeitslosigkeit beständig zugenommen hat.



Es existieren noch komplexere Modelle, die die eine Behauptung begründen sollen: Arbeitslosigkeit ist letztlich freiwillig, weil die Erwerbspersonen ihre Arbeitskraft nicht zu dem Gleichgewichtslohn zur Verfügung stellen wollen, der vollbeschäftigungskonform ist.

Zweifelsohne gibt es kontraproduktive Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt. Es sollte jedoch daran erinnert werden, daß die betreffenden Rigiditäten auch zu Zeiten von (beinahe-) Vollbeschäftigung, wie wir sie zu Beginn der 70er Jahre hatten, eher noch stärker ausgeprägt waren als heute.

2.1.2. Sozialleistungsinduzierte Arbeitslosigkeit und Sucharbeitslosigkeit

Besonders neoklassische und angebotsorientierte Ökonomen betonen die Bedeutung von Suchprozessen. Suchprozesse finden unter unvollständiger Information statt und verursachen Kosten. Der suchende Arbeitnehmer besitzt nur unvollständige Informationen über die zu erwartenden Arbeitsplätze und Lohnangebote. Die Firma andererseits, die einen Bewerber ablehnt, sieht sich mit den Kosten eines unbesetzten Arbeitsplatzes konfrontiert, kann also bestimmte Aufträge nicht ausführen oder verärgert Kunden mit Lieferfristen. Die suchtheoretischen Ansätze kommen u.a. zu dem Schluß, daß die Suchprozesse umso länger dauern, je geringer die Suchkosten sind. Aus dieser Sicht ergibt sich die Folgerung, daß eine höhere Arbeitslosenunterstützung eine ausgedehntere Dauer der Arbeitslosigkeit zur Folge hat, weil mit der Unterstützung Suchkosten reduziert werden.

Nahe an dieser Erklärung liegt die Einschätzung der Arbeitslosigkeit als sozialleistungsinduziert – Sozialleistungen senken die Suchkosten für die Arbeitslosen. Vor dieser These muß jedoch dringend gewarnt werden. Rund 30% aller Arbeitslosen haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe. Viele Arbeitslose erhalten zudem überhaupt kein Arbeitsplatzangebot; das gilt insbesondere für Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt (v.a. ältere Arbeitslose oder solche ohne eine abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung). Selbst eine drastische Verringerung des Anspruchslohns kann erfolglos sein, wenn die betreffenden Unternehmen an tariflich vereinbarte Mindestlöhne gebunden sind. Die Vehemenz, mit der die These von der sozialleistungsinduzierten Arbeitslosigkeit vorgetragen wird, dürfte im umgekehrten Verhältnis zu ihrer empirischen Evidenz stehen.

Nachdenklich sollte auch stimmen, daß in der Vergangenheit parallel zu der schubweise steigenden Arbeitslosigkeit die soziale Absicherung sukzessive immer weiter gekürzt wurde. Die These der sozialleistungsinduzierten Arbeitslosigkeit wäre indessen nur dann plausibel, wenn die Korrelation genau umgekehrt verlief.

2.1.3. Einbeziehung sozialwissenschaftlicher und institutioneller Komponenten: Arbeitslosigkeit als unfreiwilliges Phänomen

Zu denjenigen Argumentationsmustern, die ebenfalls mit Lohn- und Preisträgheiten argumentieren, gehört das sog. »Insider-Outsider«-Modell. Es unterscheidet sich von den genannten Erklärungsmustern dadurch, daß es erklärt, warum Arbeitslosigkeit auch unfreiwillig sein kann, ohne aber den Boden des angebotstheoretischen Paradigmas grundsätzlich zu verlassen.

Das Insider-Outsider-Modell will darstellen, warum es für die Beschäftigten rational sein kann, einen höheren Lohn auszuhandeln als denjenigen, der mit Vollbeschäftigung vereinbar wäre. Die Gewerkschaften auf der einen Seite vertreten nämlich nur die organisierten Beschäftigten, nicht aber die Arbeitslosen. Zudem spielen bei den Gewerkschaftsfunktionären auch außerökonomische Faktoren (wie Macht und Prestige) eine Rolle. Auf der anderen Seite stehen die Unternehmen, die u.U. ebenfalls nicht an einem entsprechend niedrigen Lohn interessiert sind. Mit einem höheren Lohn steigern sie nämlich die Leistungsbereitschaft und verhindern die Abwanderung von qualifizierten Mitarbeitern in deren Ausbildung sie u.U. teuer investiert haben.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Flächentarifverträge genannt werden, die ertragsstarke wie ertragsschwache Unternehmen ohne Rücksicht auf unterschiedliche Branchen und Regionen über einen Kamm scheitern und auch nicht ausreichend nach Qualifikationen differenzieren. Mittlerweile gibt es jedoch sogar schon auf Seiten der Gewerkschaften deutliche Tendenzen zu einer stärkeren Differenzierung der tarifvertraglichen Reglements⁶.

Wir wollen nicht verhehlen, daß derartige, die Rigiditäten hervorhebende Erklärungsansätze im Einzelfall durchaus Berechtigung haben können. Um das Phänomen der schubweise sich erhöhenden Massenarbeitslosigkeit zu erklären, sind sie jedoch untauglich.

⁶ Inflexibilitäten können allerdings nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch auf dem Gütermarkt bestehen und auf die Beschäftigungssituation durchschlagen.

2.1.4. Arbeitslosigkeit und Produktivitätsfortschritt

Eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität bedeutet, daß mit weniger Arbeits-einsatz ein gleich hohes oder gar steigendes Sozialprodukt erzielt werden kann. Dies wird durch den Einsatz immer leistungsfähigerer Maschinen und einer effizienteren Organisation erreicht. Tatsächlich ist von 1970 bis heute nahezu eine Verdopplung der Kapitalintensität der bundsrepublikanischen Wirtschaft festzustellen⁷. Die Erklärung lag somit nicht fern, daß »die Maschinen« die Arbeitsplätze »vernichten«. Es kursierte die Mär, daß »der Gesellschaft die Arbeit ausginge« – was angesichts des Bedarfes, der für mehr als 4 Millionen offenen zuzüglich der verdeckt Arbeitslosen zu decken ist, der sozialen Wirklichkeit Hohn spricht. Dennoch: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Regierung ergehen sich in Überlegungen, wie die »verbleibende Arbeit« unter den noch Beschäftigten anders aufzuteilen ist: »Arbeitszeitverkürzung« heißt die Losung. Hier stellt sich aber die Frage nach dem »Wie«: Die Gewerkschaften forderten zunächst Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, die Arbeitgeber hielten dagegen, hierdurch stiegen die Lohnstückkosten, was die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ruiniere.

Betrachtet man die Diskussion aus kreislauftheoretischer Perspektive, wird klar, daß Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in Höhe des Produktivitätsfortschritts unschädlich ist (die Lohnstückkosten bleiben konstant). Man kann noch weitergehen und sagen, eine derartige Weitergabe des Produktivitätsfortschrittes sei geradezu eine *conditio sine qua non* dafür, daß die Massenkaukraft aufrechterhalten bleibt.

Indessen kümmert sich der Markt nicht um eine derartige Arithmetik: Die Verteilung erfolgt entsprechend der jeweiligen Macht der Produktionsfaktoren, die im wesentlichen von ihrer Knappheit abhängt. In einer Zeit nachfragebedingt hoher Arbeitslosigkeit muß der Faktor Arbeit – und damit auch die Massenkaukraft – notgedrungen auf der Verliererstraße stehen.

Es wird klar: Die einfache Rechnung, mehr Maschinen = weniger Menschen, ist eine Milchmädchenrechnung. Dennoch feiert diese Erklärung periodisch in Zeiten der Konjunkturflauten fröhliche Urständ. Dies ging vom Aufstand der schlesischen Weber (1844) über die große Rezession der 30er Jahre bis heute. Daß sogar die Wirtschaftswissenschaft auf dieser phänomenologischen Ebene haften geblieben ist, spricht Bände für die wissenschaftlichen »Fortschritte« auf dem Gebiet der Erklärung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

⁷ Vgl. N. Ehrentreich, Beschäftigungspolitik im Widerspruch zwischen Wachstumswängen und Wachstumsgrenzen, in: A. Rams, N. Ehrentreich, Arbeitslosigkeit - wie kann sie überwunden werden?, Lützenburg 1996, S. 93.

2.1.5. Strukturwandel und strukturelle Arbeitslosigkeit

Problematisch am Begriff der »strukturellen Arbeitslosigkeit« ist seine inflationäre Verwendung, ohne die Unterscheidung zur konjunkturellen Arbeitslosigkeit gebührend zu berücksichtigen⁸.

a) Die branchenbezogene Betrachtung

In den Branchen, die im Zuge des Strukturwandels der Wirtschaft an Bedeutung verlieren, kann strukturelle Arbeitslosigkeit entstehen, wenn die »Gewinnerbranchen« die freigesetzten Arbeitskräfte nicht aufnehmen können. Der technische und soziale Wandel ändert Produkte, Produktionsmethoden und die Bedürfnisse der Nachfrager. Diejenigen Branchen, die nicht in der Lage sind, eine schnelle Anpassung an die veränderte Umwelt zu vollziehen, schrumpfen.

Eine klassische Verliererbranche ist die Montanindustrie. Generell ist ein Rückgang der Bedeutung von Land- und Forstwirtschaft sowie Industrie zu verzeichnen, die Bedeutung der Dienstleistungen hingegen steigt (»Tertiärisierung«). Allerdings muß gesehen werden, daß ein großer Teil der entstehenden Dienstleistungen ein Anhängsel des sekundären Sektors ist: Produkte und Produktionsverfahren werden immer komplizierter und weniger arbeitsintensiv – dafür steigt die Bedeutung der den Produktionsprozeß vor- und nachbereitenden Tätigkeiten.

Die beschäftigungspolitischen Hoffnungen, die in den tertiären Sektor gesetzt werden, sollten v. a. aus zwei Gründen nicht in den Himmel wachsen:

Sofern erstens die Dienstleistungen auf dem sog. »uno-actu-Prinzip« beruhen, stößt die Tertiärisierung schnell an Grenzen, weil die Produktivitätsfortschritte dann hinter denjenigen des sekundären Sektors und der anderen Dienstleistungen zurückbleiben:

- Entweder orientieren sich die Lohnsteigerungen in den betreffenden Bereichen an den allgemeinen Lohnsteigerungen, mit der Konsequenz, daß die betreffenden Leistungen relativ immer teurer werden und daher dann auch relativ zurückgehen.
- Oder die Lohnsteigerungen entwickeln sich gemäß dem Produktivitätsfortschritt, was zur Folge hat, daß sich ein Segment des Arbeitsmarktes marginalisiert. Dieser »amerikanische Weg« ist gesellschaftspolitisch aber nicht gewollt.

⁸ W. Franz, Der Arbeitsmarkt ..., a.a.O., S. 104-105.

Diejenigen Dienstleistungen, die vom »uno-actu-Prinzip« nicht erfaßt werden, haben aber häufig ein enormes Rationalisierungspotential (man denke an die Substitution von Verkaufspersonal durch Automaten, den Einzug computergesteuerter Verfahren in verschiedene Dienstleistungen etc.).

b) Regionaler und qualifikatorischer »Mismatch«

Offensichtlich gibt es gleichzeitig Arbeitslosigkeit und offene Stellen. Diese können nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten zusammengeführt werden. Es herrscht also ein »Mismatch« vor, und zwar sowohl in regionaler als auch in qualifikatorischer Hinsicht. Eine regionale Mismatch-Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn Arbeitslose und Vakanzen in verschiedenen Regionen beheimatet und beide Seiten immobil sind, wohingegen ein qualifikatorischer Mismatch bei fehlender Übereinstimmung der nachgefragten und angebotenen Qualifikationen entsteht. Einerseits suchen Unternehmen in Ballungsräumen händeringend Fachkräfte, aber es sprechen nur Personen ohne entsprechende Ausbildung an. Auf dem flachen Land besteht ein Überangebot an qualifizierten Arbeitskräften zu günstigen Konditionen, aber keine Nachfrage. In der Praxis treten also beide Formen in enger Verbundenheit auf, beide werden unter dem Begriff der »strukturellen Arbeitslosigkeit« zusammengefaßt.

An dieser Stelle können tatsächlich arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ansetzen, die die Qualifikation der Arbeitssuchenden nachfragegerecht erhöhen und die Mobilität steigern.

c) Das Hysterese-Phänomen

Im Zusammenhang mit der strukturellen Arbeitslosigkeit muß auch das sog. »Hysterese-Phänomen« Erwähnung finden⁹. Im wirtschaftswissenschaftlichen Sprachgebrauch bezeichnet man mit diesem Begriff die Eigenschaft ökonomischer dynamischer Systeme, daß der Gleichgewichtswert eines Systems von dem Zeitpfad abhängig ist, auf dem das System dahingekommen ist. Die Restwirkung der Vergangenheit wird also berücksichtigt. Wo ein System schließlich ankommt, hängt auch davon ab, wie es dorthin gekommen ist.

Die Hysterese-Betrachtung ist v.a. im Zusammenhang mit dem Phänomen der Langzeit-Arbeitslosigkeit aufschlußreich. Rund ein Drittel aller Arbeitslosen gehört zu den Langzeitarbeitslosen. Gegenüber den sechziger und siebziger Jahren hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen somit fast

⁹ »Hysterese« ist die eingedeutschte Form des griechischen Wortes »hystérésis« und bedeutet das Zukurzkommen, das Zurückbleiben.

verdreifacht¹⁰. Bei den in der Vergangenheit feststellbaren Schüben an Arbeitslosigkeit hatte sich jeweils ein beträchtlicher Sockel an Langzeitarbeitslosen verfestigt, der mit jedem Schub an Arbeitslosigkeit größer und größer wurde.

Der Personenkreis der Langzeitarbeitslosen ist durch eine Kumulation von vermittlungshemmenden Merkmalen gekennzeichnet (v.a. fortgeschrittenes Alter, gesundheitliche Einschränkungen und fehlender Berufsabschluß). Je länger die Betroffenen arbeitslos sind, umso schwerer sind sie zu vermitteln, weil die Unternehmen z.B. davon ausgehen, daß eine längere Dauer an Arbeitslosigkeit mit einem Verlust an beruflichen Kenntnissen und Erfahrungen einhergeht.

Bei längerandauernder Arbeitslosigkeit besteht somit das Risiko, daß sich diese in Form von Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt. Angesichts der Kosten ist die Wirtschaftspolitik gut beraten, wenn sie alles daran setzt, Langzeitarbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen¹¹.

2.1.6. Zur »inflationstabilen Arbeitslosenquote«

Die These von der »inflationstabilen Arbeitslosenquote« geht vom Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit aus. Der Lohnbildungsprozeß in Form der Tarifverhandlungen kann danach als Kampf um die Verteilung des (noch zu erstellenden) Sozialproduktes zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebergruppen aufgefaßt werden.

- Dabei erstreben die Arbeitnehmer eine Erhöhung des Nominallohnes zumindest in Höhe der erwarteten Inflationsrate, möglichst aber gemäß dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität an. Von den Gewerkschaften wird in diesem Zusammenhang auch gerne die sog. »Lohnschere« bemüht, die einen Keil zwischen dem Bruttoeinkommen und dem verfügbaren Einkommen treibt. Gründe hierfür sind sowohl die steuerliche Belastung (direkte und indirekte Steuern) wie auch die zunehmenden Beiträge zur sozialen Sicherung. Im Bemühen, diese Schere zu schließen, erkennt man möglicherweise, daß aus den betreffenden Steuern und Sozialversicherungsausgaben geleisteten Zahlungen schon ein Teil des Sozialprodukts den Bürgern zugute kommt. Da sich die betreffenden Teile aber nicht noch ein zweites Mal verteilen lassen, stim-

¹⁰ Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1996, Frankfurt a.M., S. 26.

¹¹ W. Franz, Der Arbeitsmarkt ..., a.a.O., S. 112-113.

men die Verteilungsmöglichkeiten nicht mehr mit den Verteilungsansprüchen überein. Analoges passiert bei realen Kaufkraftverlusten aufgrund exogen verursachter Inflationsschocks (v. a. Ölkrise). Bei derartigen preiserhöhenden Angebotsschocks versuchen die Unternehmen, die gestiegenen Rohstoffpreise zu überwälzen. Hiermit müssen Reallohnsenkungen einhergehen: Denn ein größer gewordener Teil des Kuchens Sozialprodukt geht an die rohstoffexportierenden Länder und kann im Inland nicht noch einmal verteilt werden; auf der anderen Seite verzichtet der starke Faktor, das Kapital nicht. Verkennen die Arbeitnehmervertreter diese Verhältnisse, droht ein Investitionsstreik.

- Auf der anderen Seite antworten die Unternehmen auf gestiegene Arbeitnehmeransprüche mit Preiserhöhungen, um den Gewinn zu sichern. Dies kann natürlich nur in Abhängigkeit von der Entwicklung der Lohnstückkosten und der Absatzlage geschehen. Auch in dieser Situation besteht die Gefahr, daß die Verteilungsansprüche über das verteilbare Sozialprodukt hinausgehen und damit einen Anstieg der Inflationsrate in Gang setzen.

Die Beschäftigungssituation wird nun als ein regulierender Mechanismus gesehen. Eine ungünstige Beschäftigungslage veranlaßt die Gewerkschaften, ihre Verteilungsansprüche herunterzuschrauben. Andererseits wird auch die Unternehmensentscheidung über die Preisgestaltung von der Absatzsituation und damit von der Beschäftigung bestimmt. Nun wird behauptet, daß eine Arbeitslosenquote existiere, welche die Ansprüche an das Sozialprodukt so koordiniert, daß die Inflationsrate konstant bleibt: Die »inflationstabile Arbeitslosenquote«, bei der ein Gleichgewicht zwischen den Verteilungsansprüchen erreicht ist. Wenn die Inflationsrate konstant bleiben soll, muß verhindert werden, daß Gewerkschaften über höhere Löhne und/oder die Unternehmen über höhere Preise autonom zusätzliche Ansprüche an das Sozialprodukt durchsetzen. Der Mechanismus, der dies bewirkt, ist die Arbeitslosigkeit, da er beide Parteien bestraft. Arbeitnehmer leiden unter der Arbeitslosigkeit und die Unternehmen unter Absatzeinbußen. Je stärker und schneller beide Parteien reagieren, umso geringer fällt die Strafe aus. Eine logische Schlußfolgerung aus diesen Überlegungen ist, daß durch konzertierte Aktionen versucht werden sollte, einen Mittelweg zu finden. Die Empfehlung an die politischen Akteure wären daher neokorporatistische Verhaltensmuster.

Die dargestellten Überlegungen lassen sich sowohl mit der Hypothese der cost-pushed-Inflation (lohnkosteninduziert) als auch der nachfrageindu-

zierten Inflation vereinbaren. Im letzteren Falle, also bei der nachfrageinduzierten Inflation, kommt der Notenbank und der Fiskalpolitik noch eine besondere Rolle zu. Diese haben es über die Bemessung der nachfragewirksamen Geldmenge in der Hand, die »inflationss stabile Arbeitslosenquote« maßgeblich zu steuern. Stellt die Notenbank nicht die entsprechende Geldmenge zur Verfügung, die notwendig ist, die überzogenen Ansprüche an das Sozialprodukt zu alimentieren, oder wirkt die staatliche Finanzpolitik kontraktiv, so entsteht mehr Arbeitslosigkeit, die disziplinierend wirkt.

Empirische Studien kommen zu dem Ergebnis, daß die inflationss stabile Arbeitslosenquote für Westdeutschland gegen Ende der achtziger Jahre rund 6% betrug¹². Bis zu dieser Grenze konnte entsprechend den genannten Vorstellungen die Arbeitslosigkeit reduziert werden, ohne daß ein Anstieg der Inflationsrate zu befürchten war. Für die zurückliegenden Jahre ist festzustellen, daß die Tarifpartner sich in den Lohnverhandlungen zurückhielten. Sowohl die unbereinigte als auch (noch stärker) die bereinigte Lohnquote sind in den letzten Jahren zurückgegangen: Während die bereinigte Lohnquote im Jahre 1975 noch bei stolzen 75,2% lag, werden es in 1997 voraussichtlich 67,7% sein¹⁴. Auf die Beschäftigungssituation hatte die tarifpolitische Zurückhaltung jedoch keinen nachweisbar positiven Einfluß – vielleicht hat sie jedoch Schlimmeres verhindert. Die tarifpolitische Zurückhaltung wurde nämlich dadurch ausgehöhlt, daß mit den Sozialversicherungsbeiträgen die Lohnnebenkosten säkular gestiegen sind (1996 um 2,5%)¹⁵.

3. Die Rolle des Geldes bei der Erklärung der Arbeitslosigkeit: Der freiwirtschaftliche und keynesianische Ansatz

Der Keynes'sche Ansatz betont die Rolle des Geldes und der effektiven Nachfrage bei der Erklärung von Arbeitslosigkeit und konjunkturellen Einbrüchen.– Insoweit besteht eine große analytische Parallelität zur freiwirtschaftlichen Erklärung. Nach freiwirtschaftlicher und keynesianischer Lesart kann sich ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung herausbilden. Es ist möglich, daß Haushalte mehr Arbeit anbieten, als Arbeitsnachfrage besteht: Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist somit möglich¹⁶.

¹² W. Franz, ebenda, S. 108.

¹⁴ N. Reuter, Mehr Gewinne, mehr Investitionen: Diese Rechnung ging nicht auf, in: Frankfurter Rundschau vom 23. Juli 1997, S. 10.

¹⁵ Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1996, a.a.O., S. 26.

¹⁶ A. Rams, in: A. Rams, N. Ehrentreich, Arbeitslosigkeit – wie kann sie überwunden werden?, a.a.O., S. 30-31.

3.1. Die Wurzel des Übels: Attentismus aus kreislauf- und vermögenstheoretischer Sicht

Investiert und Arbeitsplätze geschaffen wird nur, wenn die Ertragserwartungen für Investitionen nachhaltig höher sind als bei bestehenden Produktionsanlagen und Finanzinvestitionen. Dazu bedarf es aber bestimmter Umsatzerwartungen. Die Umsatzerwartungen werden z.Zt. eher pessimistisch eingeschätzt¹⁷.

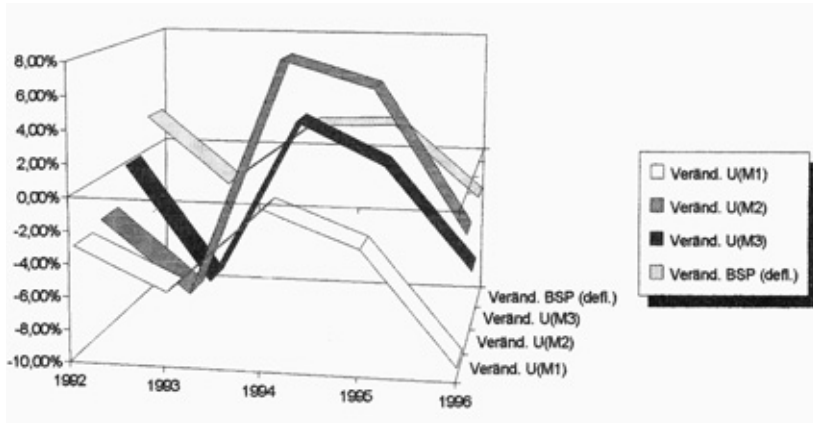
Tatsächlich läßt sich ein allgemeiner Attentismus feststellen, für den das Sinken der Umaufgeschwindigkeit des Geldes ein gutes Indiz ist. Sinkt die Geldumaufgeschwindigkeit, so bedeutet dies, daß der Druck des zirkulierenden Geldes, die wirksame Nachfrage also, nachläßt. Es entstehen »Thrombosen« im volkswirtschaftlichen Kreislauf, die berühmten Horte. Diese stelle man sich bitte nicht als Ansammlungen von Geldscheinen unter Großmutter's Matraze vor. Viel gravierender sind Umschichtungen von längerfristigen zu hochliquiden Anlagen, wie sie v.a. Termingelder und Sichtguthaben darstellen. Hier – v.a. in der Geldmenge M_2 – ist das Spekulationsmotiv zu orten. Es sind sehr zinsreagible, oft institutionelle Anleger (Versicherungen, Banken, Fonds etc.), die tagtäglich Einlagenumschichtungen in einer Höhe von vielen hundert Millionen D-Mark vornehmen. Diese Umschichtungen korrespondieren mit enormen Zentralbankgeldbewegungen: Die Geschäftsbanken haben bei Umschichtungen auf liquidiere Aggregate nämlich höhere Barreserven zu halten (freiwillig und aufgrund der gesetzlichen Mindestreservepflicht). Der »Rohstoff« des Kreditvergabeprozesses, die Geldbasis, wird der Wirtschaft durch solche Umschichtung auf liquidiere Aggregate entzogen. Dadurch, daß die einzelnen Wirtschaftssubjekte mehr individuelle Liquidität halten wollen, sinkt die gesamtwirtschaftliche Liquidität ab. Diese rezessive Situation verstärkt sich selbst: Der Attentismus bewirkt einen Einbruch der Nachfrage. Die Auftragseingänge und damit der Optimismus in der Wirtschaft sinken. Die Neigung zu Investitionen nimmt ab, obwohl das Zinsniveau bei einer um sich greifenden Konjunkturflaute absinkt und sich eigentlich günstig darstellt¹⁸.

Das folgende Schaubild verdeutlicht, in welchem Zusammenhang die Veränderung der Umaufgeschwindigkeit verschiedener Geldaggregate

¹⁷ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 6/1997, Frankfurt a. M. 1997, statistischer Anhang, S. 7*.

¹⁸ D. Löhr, J. Jenetzky, Neutrale Liquidität – Zur Theorie und praktischen Umsetzung, Frankfurt a. M. u.a., S. 32 ff.

und die Veränderungsrate des deflationierten BSP stehen. Deutlich wird, daß die Geldmenge M_2 , in der sich die o.g. Termineinlagen wiederfinden, besonders hohe Ausschläge verzeichnet.



Man kann diesen Attentismus auch portfoliotheoretisch erklären. Hierzu greifen wir auf Keynes zurück, auf den das nachfolgende Modell des Ausgleichs der Eigenzinssätze zurückzuführen ist¹⁹. Hiernach müssen sich im Marktgleichgewicht die Eigenzinssätze aller im Portefeuille gehaltenen Vermögensgegenstände ausgleichen – ansonsten würden die Vermögensgegenstände mit dem zu geringen Eigenzins aus dem Portefeuille ausgeschieden. Damit die Anleger gegenüber der – auch im Gleichgewicht vorhandenen – unterschiedlichen Rendite der verschiedenen Vermögensgegenstände indifferent sind, muß (bezogen auf den jeweiligen Wertstandard) das Erträgnis (die »Rendite«) plus der Liquiditätsprämie minus den Durchhaltekosten jedes Vermögensgegenstandes gleich dem vom Vermögenshalter geforderten Eigenzinssatz sein²⁰. Der Eigenzinssatz entspricht dabei dem »landesüblichen Zinssatz« (dem Zins, der bei Abwesenheit eines Liquiditätsvorteils, aber ohne besondere Risiken zu erzielen ist), die Liquiditätsprämie entspricht dem Zins, auf den die Wirtschaftssubjekte zu verzichten bereit sind, um den »Jokervorteil« (Suhr) der Liquidität zu erlangen²¹.

¹⁹ Vgl. H. Riese, Theorie der Inflation, Tübingen 1986, S. 80.

²⁰ J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, unveränderter Nachdruck der 1936 erschienene ersten Auflage, Berlin 1983, S. 190.

²¹ D. Suhr, Altern des Geld, Schaffhausen 1988, S. 59-62.

Die nachstehende Tabelle kann man sich zunächst als eine Tabelle möglicher mikroökonomischer Wahlhandlungen vorstellen. Sie enthält zwei Risikoklassen²²: Die erste Risikoklasse ist risikolos, in der zweiten kommen die – für Unternehmensanteile charakteristischen – Ertrags- und Marktwert-risiken zum Tragen. Für das Verhältnis zwischen erster und zweiter Risiko-klasse kann als substitutive Relation (nur das Verhältnis der Erträge ist rele-vant, so die Monetaristen²³) oder als komplementäre Beziehung (mit der relativen Höhe der im Portefeuille gehaltenen Anteile verändert sich das Por-tefeuillerrisiko, so Postkeynesianer um Tobin²⁴) begriffen werden. Diese Pro-blematik soll indessen im folgenden nicht vertieft werden, die Entscheidung für ein komplementäres oder substitutives Verhältnis ändert wenig am Ergeb-nis.

Im Kapitalmarktgleichgewicht gilt dann:

Risikoklasse I: Risikoprämie = 0%

Vermögens- gegenstand	Erträgnis	Liquidit.- prämie	Durchh.- kosten	Eigen- zins
Kassendep.	0%	6%	0%	6%
Zeitdepos.	3%	3%	0%	6%
Staatsanl.	6%	0%	0%	6%

Risikoklasse II: Risikoprämie = 7%

Vermögens- gegenstand	Erträgnis	Liquidit.- prämie	Durchh.- kosten	Eigen- zins
Aktie Y-AG	13%-7% = 6%	0%	0%	6%

²² Zur Unterscheidung zwischen Unsicherheit und Risiko in diesem Kontext vgl. D. Lühr, J. Jenetzky, Neutrale Liquidität..., a.a.O., S. 60 ff. – Diese Unterscheidung geht auf *Knight* zurück. – Vgl. F. H. Knight, *Uncertainty and Profit*, Boston/New York 1921.

²³ Vgl. K. Brunner, Eine Neuformulierung der Quantitätstheorie des Geldes, in: *Kredit und Kapital*, Heft 1, 1970, S. 1 ff.

²⁴ J. Tobin, *The Equilibrium Approach to Monetary Theory*, in: *Journal of Money, Credit and banking*, Vol. 1, 1969, S. 15 ff.

Kommt es zu einer Beeinträchtigung des Vertrauens, etwa in Form erwarteter Zinserhöhungen, so sinken die Eigenzinssätze der geldferneren Anlagen gegenüber den liquideren Anlagen ab. Somit kommt es zu Umschichtungen innerhalb der besten oder in die beste, weil liquideste Risikoklasse. Mit der steigenden Liquiditätsposition der einzelnen Wirtschaftssubjekte sinkt diejenige der Gesamtwirtschaft.

Risikoklasse I: Risikoprämie = 0%

Vermögens- gegenstand	Erträgnis	Liquidit.- prämie	Durchh.- kosten	Eigen- zins
Bargeld	0%	6%	0%	6%
Sichteinlagen	2%	4%	0%	6%
Termineinlagen	4%	2%	0%	6%
Staatsanleihen	6%	0%	2%	4%

Risikoklasse II: Risikoprämie = 7%

Vermögens- gegenstand	Erträgnis	Liquidit.- prämie	Durchh.- kosten	Eigen- zins
Aktie Y-AG	11%-7% = 6%	0%	0%	4%

In der Wirtschaft herrscht aktuell große Unsicherheit vor. Die Massenkaufkraft stagniert oder sinkt sogar ab. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe lassen keine Besserung absehen.

Diejenigen Investitionen, die trotzdem zustande kommen, können indessen nicht mehr so viel Wachstum bringen wie in der Vergangenheit. Der Grund liegt in der säkularen Steigerung des Kapitalkoeffizienten²⁵.

²⁵ Vgl. N. Ehrentreich, Ist nur die Arbeit zu teuer?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 34. Jg. 113. Folge, 1997, S. 3.

3.2. Die keynesianische Rezeptur

Keynes stellte sowohl das Say'sche Gesetz als auch die Annahme vollkommener Information und die Annahme vollkommener Konkurrenz infrage. Die Wirkungen des Geldes auf die Realwirtschaft stellen einen zentralen Punkt seiner Analyse dar.

Die Angebotsseite wird im Keynes'schen Gedankengebäude von der Nachfrageseite her limitiert. Die Keynesianer führen die Arbeitslosigkeit auf eine konjunkturelle Nachfrageschwäche zurück (konjunkturelle Arbeitslosigkeit). Konjunkturelle Bewegungen sind Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials (d.h. des bei Normalbeschäftigung möglichen realen Sozialproduktes). Derartige Schwankungen können sich auf den Beschäftigungsgrad übertragen und konjunkturelle Arbeitslosigkeit erzeugen. Die Keynesianer treten dafür ein, in einer solchen Situation mit Hilfe einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik die Nachfrage wieder anzukurbeln. Der Geldpolitik kommt hierbei der Part zu, durch eine Ausweitung der Geldmenge für niedrige Zinsen zu sorgen und hierdurch die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern. Die Geldpolitik hat im Keynes'schen Konzept aber eher flankierenden Charakter – die Hauptlast kommt der Fiskalpolitik zu. Die expansive Fiskalpolitik soll Nachfrageimpulse erzeugen und entsprechend positive Erwartungen wecken, so daß der vom Staat »angetretene« Konjunkturmotor von selbst wieder in Gang kommt (und die Geldumlaufgeschwindigkeit wieder steigt). Ob dies gelingt, ist allerdings unsicher – hierbei hängt vieles von der vorherrschenden Psychologie ab.

Die entsprechenden fiskalpolitischen Maßnahmen wurden 1967 im »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums« verankert, das aber spätestens seit Antritt der konservativ-liberalen Regierung nur noch auf dem Papier steht.

Das Stabilitätsgesetz sieht u.a. zeitlich befristete Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen vor. Getreu der Keynes'schen Lehre sollte die Steuer-schraube während der Hochkonjunktur wieder angezogen werden (»antizyklische Stabilisatoren«) und die während der Rezession durch die antizyklische Fiskalpolitik entstandenen staatlichen Defizite aufgrund der Steuermehreinnahmen wieder abgebaut werden. In der Realität vernachlässigten die Politiker jedoch das Erfordernis der Erwirtschaftung von Budgetüberschüssen als Pendant zu den rezessionsbedingten Defiziten. Vielmehr erfreuten sich bei ihnen – insbesondere vor den Wahlen – Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen großer Beliebtheit. Das Erfolgskriterium für den »politischen Unternehmer« ist eben die kurzfristige Maximierung des Stimmengewinnes und nicht – wie beim Wirtschaftsunternehmer –

die langfristige Gewinnmaximierung und Sicherung des Unternehmens. Die Staatsverschuldung stieg und stieg somit, und zwar schon während der sozialliberalen Regierungszeit. Dadurch wurde der keynesianischen Praxis das tragende Fundament entzogen.

Grundsätzlich kann man gegen die keynesianische Rezeptur einwenden, daß sie nur an Symptomen kuriert – die eigentliche Ursache wird ignoriert: Die von *Keynes* sehr wohl erkannten Liquiditätseigenschaften des Geldes, die das attentistische Verhalten erst ermöglichen werden unangetastet gelassen.

3.3. Die freiwirtschaftliche Rezeptur – neuzeitlich gewendet

Die freiwirtschaftliche Rezeptur möchte dem Geld Durchhaltekosten in Höhe seiner Liquiditätsprämie auferlegen. *Jenetzky* und ich haben ein Modell aufgezeigt, wie man die verschiedenen Formen der Kassenhaltung (Bargeld, Sichteinlagen, Termineinlagen) entsprechend ihrer Liquiditätsposition mit Durchhaltekosten versehen kann²⁶. Dieses funktioniert, indem die Barreserve der Geschäftsbanken als Bemessungsgrundlage für eine »Liquiditätsabgabe« genutzt wird. Die Barreserve ist für hoch liquide Einlagen höher als für langfristige Gelder. Die Geschäftsbanken wälzen bei funktionierendem Wettbewerb diese Belastung verursachungsgerecht ab.

Aktiva		Passiva	
Auf Sichteinl. entfallende Barreserve: 8 GE	←	Sichteinlagen:	100 GE
Liquiditätsabgabe: 4 GE p.a.	→	Belastung:	/ . 4 GE
Auf Termineinl. entfall. Barreserve: 4 GE	←	Termineinlagen:	100 GE
Liquiditätsabgabe: 2 GE p.a.	→	Belastung:	/ . 2 GE
Auf Spareinl. entfallende Barreserve: 2 GE	←	Spareinlagen:	100 GE
Liquiditätsabgabe: 1 GE p.a.	→	Belastung:	/ . 1 GE
<u>Bilanzsumme: 293 GE + X</u>		<u>Bilanzsumme: 293 GE + X</u>	

²⁶ Dr. Löhr, J. Jenetzky, Neutrale Liquidität ..., a.a.O., S. 112 ff.

Bilanz einer Geschäftsbank bei Abgabe auf die Barreserve²⁷

Flankierend müßte auch die Geldbasis einer Umlaufsicherung unterzogen werden, dies ist jedoch (anders, als die ultraorthodoxen Freiwirte annehmen) der weniger wichtige Teil der Maßnahme²⁸: Die Geldbasis ist bedeutsam im – ohnehin stabilen – Konsumkreislauf und als »Rohstoff« des Kreditvergabe-prozesses. Letzteres muß im Vordergrund stehen, da Konjunktureenbrüche von Störungen des Kredit-Investitionskreislaufes ihren Ausgang nehmen. Im Kredit-Investitionskreislauf ist jedoch fast ausschließlich »Buchgeld« relevant.

Dem Geldbesitzer wäre nach obiger Maßnahme eine Zurückhaltung des Geldes oder eine spekulative Umschichtung in liquidere Positionen nicht bzw. nur unter finanziellen Opfern möglich. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (in allen Abgrenzungen) – und damit die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen – würde auf hohem Niveau verstetigt. Das Geld drängt in Investitionen, und zwar auch dann noch, wenn aufgrund des zunehmenden Kapitalangebotes diese die heute geforderte Mindestverzinsung nicht mehr erbringen können. Würde sich der Geldbesitzer der Investition verweigern, träfe ihn eine Strafe in Form von Durchhaltekosten. Ein Streik des Geldes (= Sinken der Umlaufgeschwindigkeit) mit der Folge eines Rückganges der Konsum- und Investitionsgüternachfrage und einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit ist ungeachtet des sinkenden Zinsniveaus daher nicht mehr möglich. Der Zins (Geld wie Sachkapitalzins) wird in den Massen des sich ungehindert bildenden Kapitals sukzessive »ersäuft«. In der Portfoliobetrachtung mündet dies in folgendem Endzustand:

Risikoklasse I: Risikoprämie = 0%

Vermögens- gegenstand	Ertragnis	Liquidit.- prämie	Durchh.- kosten	Eigen- zins
Bargeld	0%	6%	/./ 6%	0%
Sichteinlagen	0%	4%	/./ 4%	0%
Termineinlagen	0%	2%	/./ 2%	0%
Staatsanleihen	0%	0%	0%	0%

²⁷ Aus: D. Löhr, J. Jenetzky, ebenda, S. 113.

²⁸ Dadurch, daß man eine falsche Behauptung immer wieder gebetsmühlenhaft von sich gibt, wird sie nicht richtiger. – Wir leben heute nicht mehr zu den Zeiten *Gesells*, der mit seiner Fixierung auf die Geldbasis damals durchaus noch Recht hatte.

²⁹ Aus Gründen, die hier nicht näher erörtert werden sollen, wäre auch die Risikoprämie geringer als unter dem kapitalistischen Geldsystem. – Vgl. D. Löhr, J. Jenetzky, *Neutrale Liquidität* ..., a.a.O., S. 105 ff.

Risikoklasse II: Risikoprämie = 3%

Vermögens- gegenstand	Erträgnis	Liquidit.- prämie	Durchh.- kosten	Eigen- zins
Aktie Y-AG	3%-3% = 0%	0%	0%	0%

Angestrebter Endzustand: Nullzins³⁰

Das Say'sche Theorem wird in die Realität umgesetzt: Während heute eine Unmenge von Kaufkraft ohne Bedarf massenhaftem Bedarf ohne Kaufkraft gegen bersteht³¹, schafft nun das Angebot (der Bedarf!) seine eigene Nachfrage.

Die durch den Geldangebotszwang induzierte Dauerkonjunktur führt zu einer permanenten Kapitalbildung. Geld- und Sachkapital wird solange vermehrt, bis es keinen Knappheitspreis mehr abwirft. Arbeit hingegen wird zum knappsten Produktionsfaktor. Marktwirtschaft arbeitet immer zugunsten der knappen Produktionsfaktoren. Während heute das Sachkapital begünstigt ist, wird dieses bei einer Arbeitslosenrate gegen Null in gleichem Maße die Arbeit sein. Keynes sch tzte, »daß ein richtig geleitetes, mit modernen Hilfsmitteln ausgerüstetes Gemeinwesen, dessen Bevölkerung nicht sehr rasch zunimmt, in der Lage sein sollte, binnen einer einzigen Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Gleichgewicht auf ungefähr Null herunter zu bringen ...«³². Keynes betrachtete den Gedanken einer Liquidit tsgeb hr auf Kassenhaltung als »gesund«³³. Keynes weiter: »Wenn ich recht habe mit meiner Annahme, daß es verhältnismäßig leicht sein sollte, Kapitalgüter so reichlich zu machen, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals Null ist, mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden.«³⁴ Auch Keynes hatte den »sanften Tod des Kapitalrentners« vor Augen³⁵. Daß er dieses Ziel allerdings erreichen wollte, ohne die für die kapitalistische Problematik ursächlichen Liquidit tseigenschaften des Geldes (und anderer

³⁰ Vgl. D. L hr, J. Jenetzky, ebenda, S. 106.

³¹ Wenige steinreiche Kapitalrentner auf der einen, ein Heer bettelarmer Sozialrentner auf der anderen Seite.

³² J. M. Keynes, ebenda, S. 302.

³³ J. M. Keynes, ebenda, S. 302.

³⁴ J. M. Keynes, ebenda, S. 185.

³⁵ J. M. Keynes, ebenda, S. 182-185 und S 317.

Vermögensgegenstände) anzugreifen, bleibt die größte Ungereimtheit seiner ansonsten vorzüglichen Theorie.

Das Verschwinden der Knappheit des vermehrbaren Kapitals bedeutet auch, daß der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital nicht mehr wie heute aufrecht erhalten bleiben kann, soll die Wirtschaft effizient bleiben. Im Lohnverhältnis hätten die Arbeitnehmer angesichts ihrer Knappheit nämlich einen großen Anreiz zur Leistungsverweigerung; die effiziente Führung von Unternehmen wäre dann nicht mehr möglich. Vollkommen neue Formen des Zusammenarbeitens müßten gefunden werden, in denen die Arbeitnehmer regelmäßig in gesellschafterähnliche Verhältnisse übernommen werden könnten³⁶.

3.4. Zu den Beschäftigungswirkungen einer Politik des »leichten Geldes«

Im freiwirtschaftlichen Spektrum gibt es Ansätze, die versuchen, die Liquiditätsprämie des Geldes bewußt über eine »dosierte Inflation« als technisches Mittel zu neutralisieren³⁷. Allerdings handelt es sich hierbei z.Zt. (noch) um eine Außenseitermeinung innerhalb der Freiwirtschaft. Das liegt auch daran, daß das Thema »Inflation« zu sehr emotional belegt ist, um rational diskutiert werden zu können. Auch bei den Keynesianern existiert traditionell eine Neigung zu einer expansiven, lasziven Geldpolitik. Von *Helmut Schmidt* stammt der Spruch »lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit«. Betrachten wir die Beschäftigungswirkungen des »leichten Geldes« ein wenig näher, so fällt aber auf, daß Inflation nicht gleich Inflation ist.

Der Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Preissteigerung ist Thema der sog. »modifizierten Phillipskurve«³⁸, die einen »trade-off« zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote beschreibt. V.a. von den Monetaristen wurde dieser Wirkungsmechanismus vehement bestritten. Tatsache ist, daß die Auswirkungen der Inflation maßgeblich von der Art und Weise der Erwartungsbildung abhängen.

³⁶ Vgl. E. Behrens, Mitbestimmung und Marktwirtschaft, in: Fragen der Freiheit, 86. Folge, Februar 1971, S. 30 ff.

³⁷ F. Andres, Gedanken zur dosierten Inflation und zum Ausgleich ihrer Folgen auf dem Kapitalmarkt, Sonderdruck aus: Fragen der Freiheit, Heft 240.

³⁸ P. A. Samuelson, R. M. Solow, Anticyclical Aspects of Anti-Inflation Policy, in: The American Economic Review, Vol. 50/1969, S. 185 ff.

- Im Falle statischer Inflationserwartungen wären die Aussagen der modifizierten Phillips-Kurve ohne weiteres plausibel. Statische Inflationserwartungen bedeuten jedoch, daß die Wirtschaftssubjekte unfähig sind, aus den Erfahrungen zu lernen oder plausible zukunftsgerichtete Hypothesen zu formulieren.
- Die Aussagen der modifizierten Phillipskurve geraten dann prompt ins Wanken, wenn man adaptive Inflationserwartungen postuliert. In diesem Falle ändern sich die Inflationserwartungen, wenn sich die bisherigen Inflationserwartungen als falsch erwiesen haben. Die Wirtschaftssubjekte lernen also aus den Erfahrungen der Vergangenheit.
- Der Mangel der These von der adaptiven Erwartungsbildung ist jedoch, daß ein Erwartungsirrtum erst eingetreten sein muß, bevor Inflationserwartungen revidiert werden. Systematische Erwartungsirrtümer werden damit möglich. Vernünftig wäre es hingegen, wenn die Wirtschaftssubjekte es gar nicht soweit kommen ließen, wenn sie ihre Erwartungen also (zukunftsgerichtet) so bilden würden, daß eine Abweichung von erwarteter und tatsächlicher Inflationsrate gar nicht erst eintritt (rationale Erwartungsbildung)³⁹.

Man kann sich darüber streiten, ob die These von der rationalen Erwartungsbildung zutrifft oder nicht. Einigkeit besteht jedoch heutzutage darüber, daß die Erwartungsbildung keinesfalls statisch verläuft.

Die Art und Weise der Erwartungsbildung der Wirtschaftssubjekte spielt bei der Wirkung der Preissteigerung also eine ganz entscheidende Rolle. Signalisiert die Zentralbank, daß sie die Inflationsraten zurückführen möchte – wie dies nach dem geltenden Notenbankgesetz der Fall ist –, so muß bei nicht-statischer Erwartungsbildung allein das erwartete Sinken der Inflationsrate schon kontraktive Effekte haben. Eine Politik sinkender Inflationsraten kann dann in die Stagflation münden.

Eine Zentralbank könnte auch den Weg gehen, daß sie die Erwartungsbildung der Wirtschaftssubjekte permanent »überlistet«, indem sie die Inflationsraten laufend erhöht und über negative Realzinsen die Konjunktur ankurbelt. Diese Politik könnte wirksam sein, wenn adaptive Inflationserwartungen unterstellt werden. Bei Annahme rationaler Inflationserwartungen wären jedoch permanent unkalkulierbare Erhöhungen der Inflati-

³⁹ D. B. Simmert (Hrsg.), Geldtheorie und Geldpolitik, 3. Aufl., Köln 1985, S. 262 ff.

onsrate erforderlich, um die gewünschten expansiven Effekte zu erzielen. Je nachdem, wie die Inflationserwartungen gebildet werden, kann diese Politik sogar restriktiv wirken (wenn die erwartete die tatsächliche Preissteigerung übertrifft). Zudem würde das Geld schnell seine Funktionen und die Zentralbank das Vertrauen verlieren. Last not least: Derartige Unsicherheiten schlagen sich längerfristig in einem erhöhten Realzins nieder.

Die geäußerte Skepsis bedeutet jedoch nicht, daß Inflation nicht doch unter ganz bestimmten notwendigen Bedingungen tatsächlich als Konjunkturstimulator wirken könnte. Hier kommt das Konzept der »dosierten Inflation« zum Zuge. Das Konzept hat einen großen Charme, da es (abgesehen von der unten diskutierten Indexierung) im wesentlichen mit dem heute zur Verfügung stehenden geldpolitischen Instrumentarium zu verwirklichen wäre. Hierzu müßte die Notenbank eine bestimmte Preissteigerungsrate vorgeben⁴⁰ und konsequent verfolgen. Die Preissteigerungsrate müßte sich an der Liquiditätsprämie des Geldes orientieren. Die geldmengenorientierte Politik sollte damit einer preisniveaurorientierten Politik weichen. Die Erwartungsbildung der Wirtschaftssubjekte würde sich unabhängig von der Art und Weise der Erwartungsbildung entsprechend den Ankündigungen der Zentralbank einstellen, wenn diese als glaubwürdig eingeschätzt werden. Das Verhalten der Privaten würde die Politik der Zentralbank sogar unterstützen, wenn die Ankündigungen der Zentralbank als glaubwürdig eingeschätzt werden. Man kennt die Wirkungsmechanismen aus der Neuen Klassischen Makroökonomik: War die Geldpolitik zu expansiv, so sind kontraktive Impulse seitens der Zentralbank zu erwarten, die von den Privaten schon vorweggenommen werden (Umschichtungen auf liquidere Aggregate etc.). Das selbe geschieht umgekehrt, wenn die Zentralbankpolitik zu restriktiv war. Anders aber als die Neue Klassische Makroökonomik postuliert (welche die Problematik der Liquiditätsprämie nicht kennt), kann bei der »dosierten Inflation« aufgrund der Stetigkeit der Preissteigerung der expansive Effekt erreicht werden. Mit der Neuen Klassischen Makroökonomik geht man jedoch dahingehend konform, daß eine Preisniveauregel erforderlich ist. Anders als bei den Neuen Klassischen Makroökonomisten ist jedoch auch die Höhe der Inflationsrate von Bedeutung⁴¹.

⁴⁰ Aus den o. g. Tabellen geht hervor, daß eine Inflationsrate, die über die Liquiditätsprämie des Bargeldes hinausgehen würde, wenig Sinn macht.

⁴¹ K.-H. Ketterer, N. Kloten, Theorien der Geldwirkungen, in: N. Kloten, J. H. v. Stein (Hrsg.), Geld-, Bank- und Börsenwesen, 38. Aufl., Stuttgart 1988, S. 80-81.

Flankierend müßte gesetzlich die Erlaubnis zur Indexierung von Verträgen geregelt werden, um über dieses Instrument die schädigenden Strukturwirkungen der Inflation einzudämmen. U.a. muß es dabei um die Ausschaltung folgender Effekte gehen:

- Durch Inflation entstehen zusätzliche Kosten, die auf die laufende Anpassung von Preisen und Verträgen zurückzuführen sind.
- Der Informationsgehalt von Preisrelationen wird beeinträchtigt und Knappheitsverhältnisse u.U. verzerrt widergegeben.
- Die effektive Steuerbelastung steigt u.a. aufgrund der »kalten Progression« und der realen Entwertung konstanter Freibeträge an.
- Auch ohne progressiven Steuerverlauf gelangen Scheingewinne zur Besteuerung. Bsp.: Ohne Inflation betrage die Bruttorendite 6%. Bei einem marginalen Steuersatz von 33,3% beträgt die reale Nettorendite 4%. Wird eine Inflation von 3% vollständig reflektiert, so steigt die nominale Bruttorendite auf rund. 9%. Die Steuerbelastung auf diese 9% beträgt 3%, nach Abzug der 3% Inflation verbleibt eine reale Nettorendite von nur 3%!⁴²
- Die Unternehmen nehmen die steuerlichen Abschreibungen von den Anschaffungskosten und nicht von inflationsbedingt erhöhten Wiederbeschaffungskosten vor. Die Inflation verringert aber den Barwert der steuerlichen Abschreibungen und erhöht so die effektive steuerliche Belastung der Unternehmensgewinne.

Wie weit eine Indexierung gehen muß, um die schädigenden Strukturwirkungen auszuschalten, kann diese kleine Aufzählung nur andeuten. Überall dort, wo in der Rechtsordnung Bezug auf Nominalbeträge genommen wird, sind periodische Anpassungen erforderlich. Hierbei dürfte es sich um nicht weniger als rund 4.000 Rechtsvorschriften handeln⁴³. Die hieraus resultierenden Informations- und Transaktionskosten sind keine zu vernachlässigende Größe mehr.

Der schwerwiegendste Einwand dürfte jedoch sein, daß die Durchhaltungskosten allen Formen der Kassenhaltung gleichmäßig auferlegt werden, und

⁴² Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 1996, a.a. O., S 88-89.

⁴³ Diese Zahl ist aus der Diskussion um den Euro bekannt. – Vgl. G. Albrecht, Die Währungsunion ist für viele Firmen noch Zukunftsmusik, in: Handelsblatt Wirtschaft und Finanzzeitung, Düsseldorf/Frankfurt vom 26./27.10.1996.

nicht differenziert nach ihren Liquiditätspositionen. In einer offenen Volkswirtschaft, in der exogene Schocks möglich sind, kann dies den angestrebten Effekt erschweren oder gar konterkarieren⁴⁴. Die von *Jenetzky* und mir vorgeschlagene Belastung der Barreserven der Geschäftsbanken (vgl. oben) schaltet die diesbezüglichen Gefahren aus und scheint daher der bessere Weg zu sein, solange die aufgezeigten Bedenken nicht ausgeräumt sind.

4. Schlußbetrachtung

Der Präsident des evangelischen Kirchentages fragte auf dem im Frühjahr 1997 in Leipzig stattgefundenen Kirchentag, warum es sich um eine Erfolgsnachricht handelt, wenn Unternehmen Millionengewinne vorweisen können, die sie aber auf Kosten von Arbeitsplätzen erzielt haben.

Die Antwort soll gegeben werden: Marktwirtschaft arbeitet immer zugunsten der knappen Produktionsfaktoren. Wenn – wie es wegen der Liquiditätsprämie des Geldes institutionalisiertermäßen der Fall ist – Kapital knapp ist, arbeitet die Marktwirtschaft zugunsten des Kapitals. Gewinne gehen zeitlich wie prioritätsmäßig der Schaffung von Arbeitsplätzen voran. Wenn die Wirtschaft dem Menschen dienen soll und nicht umgekehrt, erfordert dies ein Geldsystem, das in der Lage ist, Bedarf in kaufkräftige Nachfrage zu transformieren. Das heutige Geldsystem verhindert einen solchen Brückenschlag, wenn die geforderte Kapitalrentabilität nicht vorhanden ist. Dieser Zustand ist aber nicht naturgegeben, auch nicht im Zeitalter der Globalisierung. Es gibt Mittel und Wege, die aber ein radikales Umdenken – einen Paradigmenwechsel in der Ökonomie – erfordern.

⁴⁴ D. Lühr, J. Jenetzky, Neutrale Liquidität ..., a. a. O., S. 125 ff.

Europa: Ausweg aus der Globalismusfalle?

Wirtschaftspolitik im Globalismus^{1,2}

Wilhelm Hankel

Gliederung

1. Globalismus: Gefahr für Europa?
2. Globalismus: Wohlstandsmaschine oder Jobkiller?
3. Der Euro: Die programmierte Dauer-Depression
4. Ein neues Bretton Woods – Verträge statt Fusionen
5. Vollbeschäftigungspolitik – neu durchdacht (Keynes II)

Zusammenfassung

Die Debatte um Euro und Vollendung des Binnenmarktes in Europa verdrängt erstens, daß es keine Alternative zur Verzahnung von nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung gibt und damit zu einem global geordneten Weltsystem; zweitens, daß Europa, solange seine Strukturen noch inhomogen sind, weder einen optimalen Währungs- noch Sozialraum darstellt. Der noch auf lange Zeit nationale Sozialstaat ist daher besser in einem geordneten Weltwährungssystem (Hartwährungsblock) als in einem »monetaristischen Europa« aufgehoben, in dem das gemeinsame Geld als soziale Brechstange wirkt. Erst nach Herstellung realer Konvergenz ist ein monetäres Europa ökonomisch sinnvoll und sozial verträglich.

1. Globalismus: Gefahr für Europa?

1.1

In der Beurteilung von Globalismus und Europa, den beiden Reiz- und Schlagworten der Gegenwart, stimmen rechte und linke Wirtschaftspolitiker weitgehend überein. Angesichts der Globalismusgefahren für nationale Standorte und

¹⁾ Der Vortrag, den der Autor auf der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 5. Juli 1997 zum Thema »Globalismus, Euro und nationale Wirtschaftspolitik« gehalten hat, entsprach inhaltlich in weiten Teilen den Ausführungen dieses Beitrags, den wir mit freundlicher Genehmigung der Friedrich-Ebert-Stiftung deren Jahrbuch Arbeit und Technik 1997, herausgegeben von W. Fricke, Verlag J. H. W. Dietz, Bonn abdrucken.

²⁾ Der Verfasser schließt an frühere Artikel an, vgl. Hankel 1995 a, 1996 b, 1996 c (siehe Literaturangaben am Ende dieses Aufsatzes).

nationale Vollbeschäftigung müsse man sich in Europa zusammenschließen: nicht nur zu einem gemeinsamen Binnenmarkt, sondern einer Währungsunion unter Verzicht auf nationale Währungs- und Wechselkursautonomie.

1.2

Die folgende Analyse kommt zu gänzlich anderen Schlüssen:

Erstens: Nicht der Globalismus gefährdet die nationalstaatlichen Systeme, sondern lediglich dessen ungebremsste Marktlogik – seine Unverfaßtheit. Es geht daher nicht um Schutz vor dem Globalismus, sondern um seine Verankerung in einem zwischenstaatlichen Vertrags- und Regelsystem: einer neuen Weltwirtschafts- und Weltwährungsordnung.

Zweitens: Europa als globales Subsystem kann kein einziges Globalproblem lösen, allenfalls komplizieren. Denn es geht in den europäischen Staaten um die Bewältigung rein nationaler Probleme: Wirtschaftswachstum, ausreichende Beschäftigung, Sozialausgleich, Ressourcenschutz. Und: Europa als Wirtschafts- und Währungs»block« verleitet eher zu Unwirtschaftlichkeiten sowie Handels- und Währungskriegen gegenüber dem Rest der Welt als zu wettbewerblicher und friedfertiger Kooperation.

Drittens: Ein modernes Weltwirtschafts- und -währungssystem ist keineswegs a priori zum Scheitern verurteilt wie vordem Bretton Woods oder der Goldstandard. Es läßt sich auf der Grundlage »symmetrischer« Anpassungsregeln für Schuldner- und Gläubigerstaaten sowie vertraglich geregelter Handelsbeziehungen konzipieren und muß keineswegs auf der Leitwährungsautonomie eines Landes und seiner Währung (»US-Dollar-Imperialismus«) beruhen. Im Gegenteil: ein »Maastricht« der globalen Währungen verspricht mehr Währungsruhe und Finanzmarkt-Stabilität als eine Währungsunion in Europa mit einem Euro ohne Weltgeltung und mit begrenzter Akzeptanz – im Euro-Inland wie -Ausland.

Viertens: In einem so geordneten Kosmos weltwirtschaftlicher Regeln und Anpassungszwänge entstehen neue Freiheitsgrade nationalstaatlicher Wachstums-, Beschäftigungs- und Wohlfahrtspolitik. Bei prinzipieller »Zuordnung« der geldpolitischen Instrumente auf die Ziele externer Stabilität (Einbindung der Wechselkurse) verbleiben dennoch Spielräume der Zins-, Finanz- und Einkommenspolitik, um zu Hause Ziele der internen Wachstums-, Beschäftigungs- und Wohlfahrtspolitik zu verfolgen. Diese Spielräume werden um so größer ausfallen, je erfolgreicher es gelingt, die externen Anpassungslasten »symmetrisch« – gleichmäßig auf möglichst viele Schul-

tern – zu verteilen und die jeweils nationalen Binnenmärkte über Integration und Faktormobilität zu verbreitern.

Daraus folgt: Globalismus und Währungsintegration in Europa schließen sich nicht aus. Nur kann ein (zuvor) stabilisierter Globalismus überhaupt erst die Voraussetzungen für eine ihren Erwartungen gerecht werdende Währungsunion in Europa schaffen. Deswegen hat ein neues und die Defekte des alten vermeidendes »Bretton Woods« zeitlich und politisch Vorrang vor dem »Maastricht-Projekt«.

2. Globalismus: Wohlstandsmaschine oder Jobkiller?

2.1

Selten hat ein ökonomischer Begriff wie der des Globalismus – alias Weltwirtschaft, Freihandel, internationale Kooperation – eine so vollständige Umdeutung erfahren. Für ökonomische Klassiker wie Neoklassiker von J. St. Mill bis P. A. Samuelson stand Globalismus als Synonym für »Wohlstandsmaschine« für alle darin verwobenen Nationen. Erlaubte sie doch den einen enorme economies of scale wie den anderen den Rückgriff auf die weltweit billigsten Ressourcen. Mill wie Samuelson verglichen sie daher mit einer jeder Nation zugänglichen Maschine, deren Aufstellung permanent höhere Erträge über niedrigere Kosten ermöglichte und so die Voraussetzungen für immer neue Investitionen, Innovationen und deren Finanzierung aus sich selbst heraus lieferte. Es war der Idealtypus von Ökonomie schlechthin.

Mit dieser Sicht der Dinge ist es seit Mitte der siebziger Jahre vorbei. Seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und dem ersten Ölshock (1973/74) wird die Weltwirtschaft zunehmend als Bedrohung empfunden – und zwar in allen »Welten« gleichmäßig, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. In der Dritten Welt sieht man in (zu billiger) Importkonkurrenz und (zu starker) Kreditabhängigkeit vom Ausland ein externes Entwicklungshemmnis, das alle (interne) Eigenanstrengung für ein autochthones Wirtschaftswachstum vereitle, eine Sichtweise, die sich zunehmend auch in den post-kommunistischen Reformstaaten des früheren Ostblocks ausbreitet. Dagegen wächst im bislang vom Globalismus profitierenden Zentrum der Weltwirtschaft, insbesondere in den alten Industrie- und Exportländern Westeuropas, die Furcht vor globalem Überwettbewerb und globaler Standortkonkurrenz, die immer mehr Betrieben keine andere Rentabilitäts- und Überlebenschance lasse als mit Produktion, Investition und Arbeitsplätzen auszuwandern, spätestens dann, wenn es nicht mehr gelinge, am Binnenmarkt auszugleichen: durch Druck auf Beschäftigung, Löhne und Sozialstandards (Lohnnebenkosten).

Ob in jungen Aufhol-, vom Kommunismus abrückenden Reform- oder den alten kapitalistischen Pionierländern der Weltwirtschaft: Die bisherige Wohlstandsmaschine wird zunehmend als Entwicklungsbremse und »Jobkiller« wahrgenommen und perhorresziert – als Kapitalismus pur mit überwiegend negativen Zügen und Zwängen, als »Globalisierungsfalle« (vgl. Hankel 1996 d).

2.2

Dreierlei kommt in dieser »Analyse« (falls es denn eine ist) zu kurz: erstens die völlig unterschiedliche Natur der Globalismusbedrohung für rückständige (teil- und halbentwickelte) und reife (voll entwickelte) Volkswirtschaften; zweitens der entwicklungspolitisch bedeutsame Unterschied zwischen »Aufhol- Protektionismus« in den rückständigen und »Besitzstands- Protektionismus« in den reifen Volkswirtschaften und drittens der Zustand bzw. die Verfassung des Globalismus selber: ob es sich um ein ungeregeltes Laissez-faire- oder ein wie auch immer geregeltes oder verfaßtes Weltmarktsystem handelt.

Ad Eins. Die Überlegenheit der Globalismus-Konkurrenz in Dritter wie ehemals Zweiter Welt beruht durchgängig auf deren inneren Entwicklungsrückständen, gleichviel ob es sich um Güter-, Geld- oder Kapitalmärkte handelt, kann also letztlich nicht von außen beseitigt werden, sondern nur von innen. Das innere Ressourcen- und Produktivitätspotential muß erschlossen, der meist nur rudimentär ausgebildete Finanzierungssektor muß ausgebaut und leistungsfähiger gemacht werden, ein weites Feld für innere Reformen, bei denen die Erste Welt zwar aktiv mithelfen, aber eben nicht den »inneren Reformator« – den die entsprechenden Rahmenbedingungen setzenden und notwendigen incentives vermittelnden Staat – ersetzen kann (zur finanziellen Unterentwicklung vgl. Hankel 1996 e).

Dagegen beruht die Globalismusbedrohung in der Ersten Welt ausschließlich auf externen Einflüssen, die wiederum ihr Zentrum und ihren Ursprung in der internationalen Geldsphäre haben. Nichts hat sich seit dem weltwirtschaftlichen Wendejahr 1973/74 (Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, erster Ölschock) so sehr vertieft und verbreitert wie der weltwirtschaftliche Graben zwischen Schwach- und Hartwährungen. Von den derzeit rund 190 beim IWF notifizierten nationalen Währungen erfüllen zwar alle ihre Funktion als »gesetzliches Zahlungsmittel«, aber als Spar-, Anlage- oder Vermögensgeld sind ganze fünf oder sechs von Publikum und Märkten akzeptiert: US-Dollar, DM, Yen, Schweizer Franken, Pfund-Sterling und Französischer Franc im ehemaligen Kolonialraum Frankreichs. Das einzige globale – um nicht zu sagen ubiquitäre –

Spar- und Anlagegeld der Schwachwährungsstaaten (praktisch der gesamten Dritten und ehemals Zweiten Welt) ist der US-Dollar, weswegen es korrekt ist, von einer weltweiten »Dollarisierung« der dortigen Finanzbeziehungen zu sprechen: der internationalen wie der nationalen. Denn das eigene (Landes-)Geld ist nur noch zum Ausgeben da, der US-Dollar dagegen zum Sparen, Anlegen und für jede Art von langfristiger Kreditbeziehung.

Die monetäre Zweiteilung der Welt(-wirtschaft) in Markt- und Schwachwährungen mußte jedoch zu einer permanenten Auf- und Höherbewertung der starken gegenüber den weichen Währungen führen, ein Trend, der seit einem Vierteljahrhundert anhält und für alle oben angeführten Währungen zu verzeichnen ist. Wenn dabei innerhalb der Hartwährungsgruppe ausgerechnet der US-Dollar – relativ zu anderen mit ihm konkurrierenden Hartwährungen, wie DM, Yen oder Schweizer Franken – »abwertet«, dann besagt das nur, daß sich dieses generelle Aufwertungstempo nicht gleichförmig vollzieht, sondern in unterschiedlichen Schüben und Sprüngen für die über die internationalen Finanzmärkte miteinander – z. T. hoch spekulativ – verbundenen Währungen. Eine US-Dollar-Abwertung gegenüber DM, Yen oder Schweizer Franken schließt keineswegs seine permanente Aufwertung gegenüber den übrigen Währungen der Welt aus! Es zeugt allenfalls vom Geschick des US-Geldmanagements der Post-Bretton-Woods-Ära, diese generelle Aufwertung des US-Dollars gegenüber seinen beiden Haupttrivalen in der Weltmarkt-Konkurrenz (Deutschland, Japan) in Grenzen gehalten, ja sogar in eine – partielle – Abwertung verwandelt zu haben. Nur ändert das nichts am Befund, daß sämtliche westliche und fernöstliche Industrieländer über ihre Hartwährungsposition zwar einerseits zu stark verbesserten terms of trade gelangt sind (sie erhalten dank der monetär aufgewerteten Preise ihrer Exportprodukte einen höheren Importgegenwert ihrer Partner), aber gerade wegen der Verteuerung ihrer Exportprodukte an weltwirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, z. T. sogar drastisch.

Ad Zwei. Aus dieser total unterschiedlichen Ursache für die Globalismusbedrohung in Dritter und Zweiter Welt einerseits und Erster Welt andererseits folgt zwingend, daß auch Schutzmaßnahmen gegen diese Gefahr für den nationalen Volkswohl- oder richtiger Beschäftigungsstand weder gleich begründet noch gleich instrumentiert werden können.

Für die »unterentwickelten« Länder der Dritten und Zweiten Welt gilt noch immer das klassische Schutzzollargument des großen deutschen Weltökonomen Friedrich List (zu List heute vgl. Hankel 1996 f). Solange der innere Entwicklungsprozeß nur deswegen stockt, weil innere Ressour-

cen wegen übermächtiger Weltmarktkonkurrenz nicht mobilisiert und vorhandene Ersparnisse wegen der übermächtigen Kreditkonkurrenz des Auslands und seiner globalen Finanzmärkte nicht intern angelegt werden können – in nationalen Investitionskrediten –, sondern exterritorial – in fremdem Geld oder ausländischen Kapitalanlagen – versickern, dann sprechen auch ökonomische Gründe dafür, sich zeitweilig – bis zur Herstellung gleicher Wettbewerbsverhältnisse – vom »komparativen Kostenvorteil« der Weltmärkte abzukoppeln und das Ziel »nationale Entwicklung« höher zu bewerten als das einer möglichst »kostengünstigen Versorgung der Bevölkerung«. Zielt doch ein solcher – befristeter – Nachhol-Protektionismus auf ein höheres und besser verteiltes Welt-Sozialprodukt, während ein auf Ungleichheit basierender Freihandel nur eines bewirkt – die Fortschreibung und Vertiefung der bestehenden Ungleichheit!

Diese Welt-Mißwirtschaft aber verstärkt ein wie auch immer instrumentierter Besitzstandsprotektionismus der ohnehin die Weltwirtschaft dominierenden Ersten Welt. Wenn immer wieder zur Begründung von Europäischem Binnenmarkt und ihn von seiner monetären Umwelt abschließenden Europäischen Währungsunion gesagt wird, Europa brauche diesen Zusammenschluß, um sich als »Block« im globalen Wettbewerb behaupten zu können, dann enthüllt das auf fatale Weise zweierlei: Erstens, daß die Europäer »ihren« Weltmarktanteil für wichtiger halten als das Wachsen der gemeinsamen Weltwirtschaft durch den offenen Zutritt neuer und dritter Nationen und zweitens, daß sie unter Wettbewerb nicht mehr den ihrer Firmen und wirtschaftlichen Akteure verstehen, sondern den ihrer Staaten und Staatengruppen. Gleichviel, ob sich die Europa-Integration defensiv oder offensiv versteht: Sie versucht, Europas Weltmarktposition dadurch zu halten oder zu erweitern, daß sie Europas Binnenmärkte für Ausländer sperrt (durch Außenzölle, Importkontingente und Abschöpfung von Preisdifferenzen), gleichzeitig aber für alle Euro-Inländer freien Zugang auf den übrigen Märkten verlangt: eine unheilige Kombination aus Protektionismus (zu Hause) und aggressiver Handelspolitik (nach außen). Dabei könnte ein kleinerer Weltmarktanteil Europas bei einem sehr viel größeren Welthandelsvolumen für alle Kontrahenten – Europa eingeschlossen – sehr viel vorteilhafter sein!

Ad Drei. Jeder Vergleich des Globalismus von heute mit dem von gestern und vorgestern läßt einen frappierenden Unterschied erkennen. Wann immer der Globalismus erfolgreich war – im 19. Jahrhundert und im ersten Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1973) –, stand in seinem Zentrum ein System geordneter Geldbeziehungen und fester, nicht schwankender oder gar unberechenbarer Wechselkurse.

Schon die erzliberalen ökonomischen Klassiker – allen voran David Ricardo und John St. Mill (zur ökonomischen Klassik und Globalismus vgl. Hankel 1996 g) – waren sich des Widerspruchs zwischen Freiheit der Gütermärkte (des Warenverkehrs) und politischer Ordnung der Geldmärkte (Kontrolle des Geldverkehrs) bewußt. So war der von Ricardo entwickelte und von Mill später (im Currency-Banking-Streit) durchgesetzte Goldstandard alles andere als marktwirtschaftlich-liberal. Er war ein durch und durch politischer Standard. Politisch waren die Goldgehalte der Währungen, niedergelegt in staatlichen Münzgesetzen und -vorschriften; politisch waren demzufolge auch die aus den Goldparitäten der Währungen abgeleiteten Wechselkurse, und politisch war auch der von der Bank of England festgelegte und festgehaltene Goldpreis (von 3 Pfund, 17 Shilling und 9 Pence die Unze Feingold), an den sich ein Jahrhundert lang (von 1815 bis 1914) alle Welt hielt. Und politisch waren letztlich auch die Bank- und Kreditzinsen, denn sie waren nicht dazu da, Konjunkturen auszugleichen und die Beschäftigung hoch und stabil zu halten, sondern eben diese Wechselkurse gegen jedwede Attacke zu verteidigen.

Doch eben diese Attacken blieben weitgehend aus. Denn es reichte ein Wink mit dem Zins, um jede Hausse- oder Baissespekulation gegen eine so politisch geregelte und standardisierte Währung auszutrocknen, weswegen der große Geldtheoretiker und -kommentator jener Periode, Walter Bagehot, ebenso lapidar wie zutreffend konstatierte: »Nicht Wechselkurse sind falsch – sondern Zinsen«.

Nach den Irrungen und Wirrungen der Zwischenkriegsjahre und dem Zweiten Weltkrieg versuchte John Maynard Keynes eine Art Historischen Kompromiß zwischen altem Goldstandard und neuem, maßgeblich von ihm geprägten Sozialstaatsdenken der Zeit. Seine (später dann arg verwässerten) Bretton-Woods-Vorschläge ersetzten die national und münzgesetzlich geregelten Wechselkurse durch völkerrechtlich verbindliche Abkommen mit dem neuen (gleichfalls von ihm erfundenen) IWF, entlasteten jedoch die Zinspolitik von der Verpflichtung der Wechselkursstabilisierung – denn in zu begründenden Härte- wie Ausnahmefällen konnte sowohl auf Beistandskredite des IWF wie auf Währungsabwertungen zurückgegriffen werden; denn kein Land des Bretton-Woods-Systems sollte wegen akuter Zahlungsbilanzdefizite zu Binnendepression und -arbeitslosigkeit gezwungen werden.³

³) Zu Keynes vgl. Hanks 1986 h: Keynes (1925): Economic Consequences of Mr. Churchill ist das erste Buch moderner Krisenanalyse. Es nimmt wesentliche Gedanken der »General Theory« vorweg.

Gemeinsam war beiden Systemen das Fehlen unberechenbarer Währungsrisiken. Die Wechselkurse schwankten, wenn überhaupt, in einer engen, kalkulierbaren Marge – nach dem Komma statt wie heute sogar davor. Die Folge: Man brauchte weder Kurssicherung noch lohnte sich die Spekulation. Weil es weder nennenswerten Absicherungsbedarf gab noch genügend Spielräume und Anreize für die Währungsspekulation, lebten sich auch nicht, wie heute, Güter- und Geldseite der Weltwirtschaft auseinander. Auch bei Langfristprojekten blieben der Investor und sein Finanzier laufzeiten- und zinskonform beieinander – denn ihr Risiko war annähernd gleich. Man mußte weder die Kreditengagements verkleinern und diversifizieren (Konsortien bilden) noch Laufzeiten verkürzen, Zinsen revolvieren und vor allem keine Währungsverluste einkalkulieren bzw. abfangen durch immer neue und ausgeklügelte Termin- und Deckungsoperationen: Derivate aller Art und Schattierung.

Wer heute das Überhandnehmen der reinen Spekulation beklagt, über Kasinomentalität und Raubtier-Kapitalismus der übelsten und unkontrolliertesten Form räsoniert, erkennt Ursache und Wirkung. Ursache der Spekulation ist weitgehend das Risiko, das jemand, der es weder tragen noch übernehmen kann und will, abwälzt. Und auf wen? Auf einen »Spekulant«, der zwar nicht verlieren, sondern gewinnen will, aber das Risiko, das er trägt, nicht erzeugt, sondern jemandem anderen abnimmt – an dessen Stelle tritt.

Spekulation – das eben ist die marktwirtschaftliche Form der Risikoabwälzung und Versicherung, nicht die Krankheit selbst, sondern ihr Fieber. Folglich muß, wer das Fieber senken will, seine Ursache bekämpfen – die Krankheit und nicht das Thermometer beschimpfen oder gar zerschlagen!

Weder das Bretton-Woods-System in seiner Blütezeit noch der Goldstandard des vorigen Jahrhunderts kannten Geld- und Kapitalmarktexzesse wie die heutigen: das totale Auseinanderleben der Geld- und Gütermärkte, massive und zu guter Letzt erfolgreiche Spekulationsattacken einzelner Spekulationsgenies auf ganze Währungen, die Marktregulierung über crashes und Panikreaktionen statt über von allen Marktteilnehmern respektierte Verkehrszeichen und Signale: Zins- und offizielle Wechselkursveränderung. Noch in seinem Rückblick auf das weltwirtschaftlich so erfolgreiche 19. Jahrhundert wunderte sich der junge Keynes kurz nach dem Ersten Weltkrieg (im 2. Kapitel seiner *Economic Consequences of the Peace*) darüber, mit wie wenig Geld-, Kredit- und Kapitalverkehrsvolumen und fast krisenfrei diese Zeit »ihren« Globalismus gemanagt hatte. Auch von der Zeit vor dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und dem ihm auf dem Fuß folgenden Ölschock läßt sich dieses sagen.

Die »Explosion« der globalen, anonymen und gänzlich (aufsichts-)freien Finanzmärkte datiert danach. Und man kann wirklich sagen: danach und deswegen! Denn mit Freigabe der Wechselkurse *und* der ungebremsen Kreditaufnahme aller neuverschuldeten Entwicklungs- wie Industrieländer – OPEC-verschuldet oder nicht – entstand beides zugleich und aus einem: die riesenhafte und ungeplante Kredit- und Schuldenpyramide der Staaten gegenüber ihren »staatenlosen« Welt-Finanzmärkten und deren immer gefährlicheres Wackeln und Schwanken wegen der eingebauten Risiken. Es ist bis heute eine Pyramide ohne innere Stabilität und Statik (hierzu Hankel 1984, ebenso früh wie noch immer aktuell).

2.3

Was lernen wir aus dieser Analyse? Erstens, daß es nicht der Globalismus ist, der, wenn auch auf unterschiedliche Weise, die wirtschaftliche Zukunft aller drei »Welten« bedroht, sondern einzig und allein seine regellose Unverfaßtheit. Sie ist das eigentlich Neue und Gefährliche verglichen mit dem ebenso harmlosen wie erfolgreichen Globalismus früherer Zeiten und Systeme.

Wir beginnen – zweitens – zu ahnen, daß Europa als kombinierter Handels- und Währungsblock weder ein rettender Hafen vor den aufkommen den Stürmen der Weltwirtschaft ist und sein kann – denn es produziert eine Fülle neuer und innerer Probleme zwischen den Mitgliedsstaaten. Noch ist Europa als Regional- oder globales Subsystem geeignet, die soeben diagnostizierten Globalprobleme zu lösen. Es kann sie nur noch komplizierter machen.

Zu den beiden Punkten ist noch einiges zu sagen.

3. *Der Euro: Die programmierte Dauer-Depression*⁴

3.1

Die offizielle Europa-Rhetorik verheißt den Europäern mit der »Krönung« ihres Binnenmarktes durch eine gemeinsame (überstaatliche) Währung, den Euro,

- *erstens* eine Abnahme der globalen Risiken und Einflüsse auf Binnenkonjunktur und -beschäftigung – sowohl über die (relative und absolute) Vergrößerung des Binnen- gegenüber dem Außenmarkt wie auch über das größere Eigengewicht einer gemeinsamen Währung gegenüber Spekulationsattacken und -exzessen;

⁴) Hierzu und zum folgenden Hankel (1995 b), insbesondere S. 155 ff.

- *zweitens* eine kaum meßbare Fülle von Vorteilen des großen Markts (economies of scale). Man könne in größeren Einheiten, produktiver, rationeller und billiger produzieren, was Innovationen forcieren und neue Arbeitsplätze schaffe, die Standortqualität verbessere;
- *drittens*, mit mehr Markt und Wettbewerb im gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum werde Europa unvermeidlich ein »zweites Amerika«: ein Großraum mit gleichen Strukturen, einem hohen Mobilitätsgrad von Arbeit und Kapital, kurz ein Kontinent, der mit der Zeit nicht nur wirtschaftlich zusammenwachsen und homogen werde, sondern auch politisch eine Einheit bilden werde – auf dem Wege zu einer Politischen Union.

Was die offizielle Europa-Rhetorik verschweigt oder bagatellisiert, sind die Sozialkosten, die auf diesem Wege anfallen bzw. in der einen oder anderen Form bezahlt werden müssen. Auch sie lassen sich dem Grunde nach benennen und insoweit systematisieren, wenn auch nicht im vorhinein quantifizieren.

Erstens: Mit der Trennung von Währungs- und Staatsraum – denn es kommt zu einer Währung für mehrere Staaten – fallen alle Instrumente bislang nationaler Geldpolitik fort. Die Zinsen werden europäisiert, mit eher marginalen Zu- und Abschlägen gemäß der Bonität der jeweiligen Schuldner. Inner-europäische Wechselkurse gibt es nicht mehr. Die Doppel-Konsequenz daraus ist: Es kann weder nationale Konjunktur- und Beschäftigungspolitik mehr mit monetären Mitteln betrieben werden, obwohl es nach wie vor nationale Unterschiede in Konjunkturhythmus und Beschäftigungssituationen geben wird, noch kann künftig das nationale Lohn- und Lohnnebenkostenniveau von dem der übrigen Partner abgegrenzt werden. Die Ausgleichfunktion am Arbeitsmarkt übernimmt statt des Wechselkurses das Lohn- und Lohnnebenkostenniveau und -gefälle. Länder mit hohen Standards erhalten Zuzug aus Billiglohnländern, dem Armengürtel der EU. Diese müssen entweder ihre Standards senken oder mit (noch größerer) Arbeitslosigkeit rechnen. In Ländern mit niedrigeren Standards kommt es zur Angleichung nach oben, was die Gefahr (noch größerer) Arbeitslosigkeit ebenfalls erhöht.

Über die Wechselkurslosigkeit wird in der gesamten Union ein gleiches (quasi europäisches) Lohn- und Lohnnebenkostenniveau etabliert, was für die einen Absenkung und Einkommensverzicht, für die anderen Anstieg bis über die Produktivitätsgrenzen hinaus bedeutet – in beiden Fällen eher mehr als weniger Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt sozio-kulturell, daß zuwandern-

de Euro-Inländer trotzdem am Arbeitsplatz als »Fremde« empfunden werden – insoweit unterscheidet sich der amerikanisierte Arbeitsmarkt in Europa von seinem Vorbild. In den USA bleiben die Amerikaner im eigenen Land, seinen Gesetzen, seiner Sprache und seiner Tradition.

Zweitens: Mit den strengen Fiskalkriterien (Einengung von Neuverschuldungsspielraum und Schuldenstand) wird auch das zweite und letzte Instrument nationaler Konjunktur- und Beschäftigungspolitik europäisiert, oder richtiger defunktionalisiert. Eine Korrektur der oben beschriebenen Anpassungsprozesse am Arbeitsmarkt durch gegenhaltende Fiskalpolitik ist nicht mehr möglich.

Drittens: Die neue Europäische Zentralbank (EZB) kann zwar den Nennwert des neuen Geldes, des Euro, festlegen, aber nicht seinen Realwert. Letzteren bestimmen Menschen und Märkte durch ihre (subjektiven) Risikoeinschätzungen und Anlageentscheidungen. Dem Euro droht somit in seiner »Kindheitsphase« quasi entwicklungsbedingt das Schicksal der meisten Schwachwährungen in Dritter und ehemals Zweiter Welt: Er fungiert zwar als »gesetzliches Zahlungsmittel« (als Geld zum Ausgeben), aber nicht als Spar- und Anlagegeld (als Geldvermögensspeicher).

Letztere Funktion kann weder verordnet noch erzwungen werden. Auch die DM hat fast die Hälfte ihres 50-jährigen Lebens gebraucht, um zur anerkannten Weltwährung und zweiten Reservewährung nach dem US-Dollar vor Yen, Pfund-Sterling und Schweizer Franken aufzusteigen.

Die EZB steht somit vor dem Dilemma, bei Einführung des Euro dessen kräftige, kapitalfluchtbedingte Abwertung hinzunehmen oder sie durch konsequente Hoch-Zinspolitik zu bekämpfen. Es ist die Wahl zwischen Holzweg und Sackgasse; denn die Euroabwertung führt zu innerer Aufweichung, Kosten-, Preis- und Lohnanstieg, die stabilisierende Hochzinspolitik zu massiver Verschärfung der Krise in Konjunktur und am Arbeitsmarkt.

3.2

Was zeigt die Analyse? *Erstens:* Mit Währungsunion und Euro verlieren die Euro-Staaten, die ja fortbestehen bleiben, sämtliche Instrumente ihrer bisherigen Makropolitik: die Geld-, Fiskal- und die Tarifpolitik, denn Löhne und Lohnnebenkosten werden künftig am Markt bestimmt und nicht mehr im Tarifverbund der Sozialpartner. *Zweitens:* Zu den Einführungskosten des Euro gehört dessen – ebenfalls marktbedingte – Abwertung und innere Aufweichung; denn ein Verlust an externer Kaufkraft schlägt früher oder später auf die innere durch. Dieser Wertverlust ist oder wäre nur durch eine massive Zinserhöhung aufzuhalten; aber gerade sie triebe Europa noch tiefer in die Krise.

Die Geburt des Euro vollzieht sich also im Zeichen einer Doppelkrise – der Währung wie der sozialen Lagen in den europäischen Staaten wie auch zwischen ihnen. Man muß bezweifeln, ob dieser Zustand der Europa-Integration guttut und sie beflügelt.

3.3

Das Modell Europa erweist sich damit als doppelt untauglich. Es bietet weder Schutz noch Ausweg aus der sogenannten Globalismusfalle. Es leistet aber auch keinen Beitrag zur Überwindung der Globalismusbedrohung selber. Im Gegenteil: Es verstärkt die externe Krisengefahr durch die selbstverschuldete innere, die sich aus den eben geschilderten Anpassungszwängen ergibt. Das zeigt im übrigen auch simple Logik. Wie soll die Fusion von vier oder fünf Nationalwährungen in Europa auch nur das Geringste am Zusammenspiel und -halt der restlichen 184 bis 185 Nationalwährungen der Welt ändern – zumal eine veritable und global respektierte Weltwährung wie die DM durch den völlig unbekannten Euro abgelöst wird, der sich sein internationales standing und seine weltweite Akzeptanz erst noch erwerben und verdienen muß!

Es ist eben nicht so, daß eine »Dorfwährung« namens DM durch eine »Weltwährung« namens Euro abgelöst wird, sondern genau umgekehrt – auf die Weltwährung DM folgt die europäische Provinzwährung Euro. US-Dollar, Pfund-Sterling und einige andere freuen sich schon jetzt auf die ihnen zuwachsenden Markt- und Verbreitungsanteile; wir können auch sagen auf die Stabilisierung ihrer Währung durch fremde Geldanlage und -ersparnis!

4. Ein neues Bretton Woods – Verträge statt Fusionen

4.1

Die erkennbaren Globalismus-Defekte lassen sich nur im und am Globalismus selber beheben – in einer neuen und besseren Weltwährungsordnung als der alten. Welcher Art könnte diese sein? Es geht erstens darum, der neuen Weltwährungsverteilung und -struktur Rechnung zu tragen, zweitens darum, die Lehren aus dem Zusammenbruch der beiden Vorgängerordnungen zu ziehen – von Goldstandard und Bretton-Woods-System.

Ad Eins. Die neue Weltverteilungsstruktur ist zwar noch US-Dollar-dominant, aber nicht mehr -zentrisch.

Hinreichenden Aufschluß darüber geben die Anteile der führenden Währungen an der Reservehaltung der Zentralbanken (siehe Tabelle 1),

denn sie spiegelt recht genau die Markt- und Umsatzanteile dieser Währungen im aktuellen und kommerziellen Kreditgeschäft der Banken und Märkte wieder.

Tabelle 1: Anteile an den Weltwährungsreserven in %

Währung	1990	1996
US \$	56,4	62,5
DM	19,1	14,5
Yen	9,0	7,1
Pfund	3,1	3,2
Ecu	4,6	1,8

Daraus ergibt sich zweierlei: Neben dem US-Dollar spielen eigentlich nur DM, Yen und Pfund-Sterling eine globale Rolle, während der Ecu – Vorläufer des geplanten Euro – nur marginal in Erscheinung tritt, noch dazu mit abnehmender Tendenz (!). Und: Obwohl der US-Dollar in den zwei Jahrzehnten zwischen 1970 und 1990 permanent an Weltverbreiterung und -bedeutung verlor – sein Anteil an den Weltwährungsreserven fiel bis auf 56 Prozent –, ist er seitdem wieder im Kommen; sein Anteil an den Weltwährungsreserven betrug im Herbst 1996 bereits wieder zwei Drittel. Es fällt nicht schwer, in dieser Entwicklung den Einfluß von »Maastricht« zu erkennen. Während DM – seitdem eine Währung mit »Verfallsdatum« – und Ecu – zwar eine Währung mit »politischer Zukunft«, aber offenkundig ohne das Vertrauen der Märkte – ständig an Weltbedeutung verloren (die DM fiel von 19 auf 14,5 %) zurück, der Ecu von knapp 5 auf knapp 2 %), gewann der US-Dollar seine alte Position aus der Bretton-Woods-Ära fast wieder zurück.

Dennoch wird und sollte sich ein neuer Weltwährungsakkord nie wieder auf eine Leitwährung wie in der Vergangenheit stützen: Pfund-Sterling wie im Goldstandard, US-Dollar wie im Bretton-Woods-System, sondern eine Währungsgruppe. Dieses ist nicht nur ein empirischer Befund, sondern auch eine höchst wichtige währungspolitische Einsicht, wie wir gleich noch näher begründen werden.

Ad Zwei. Welche Lehren lassen sich aus dem Zusammenbruch von Goldstandard (definitiv 1931) und Bretton-Woods-System (definitiv 1973) ziehen?

England mußte seine Führungsposition im Goldstandard im Herbst 1931 aufgeben, weil es angesichts von Krise und Massenarbeitslosigkeit die Blockierung seiner Zinspolitik für Zwecke der Pfundkursstabilisierung nicht länger aufrechterhalten konnte. Seine Krise, die bereits 1926

(mit der Rückkehr des Pfunds zur alten Vorkriegsparität und dem Generalstreik der Bergarbeiter) begonnen hatte, verlangte ganz einfach eine im Inland aktive Konjunktur- und Beschäftigungspolitik. Keynes hatte auf diesen Konflikt zwischen externer und interner Zinspolitik unermüdlich hingewiesen und auch das alte Bagehot-Verdict (»Nicht Zinsen sind falsch, sondern Wechselkurse«) in Frage gestellt. Denn seiner Meinung nach war die Wiederherstellung der alten Pfundparität auf der Basis des alten Goldpreises der entscheidende Fehler, den der damalige Schatzkanzler Winston Churchill zu verantworten hatte (Keynes 1925; Hankel 1986).

Dennoch war es der im Goldstandard nicht zu lösende Konflikt zwischen Wechselkurs- und Beschäftigungsorientierung im Krisenfall, der das System definitiv beendete.

Der Kollaps des Bretton-Woods-Systems läßt sich nicht so monokausal erklären. Schließlich verstand sich ja das neue System als Reaktion auf den Verlust des alten und hatte von Beginn an einen Kompromiß zwischen den Zielen der externen Wechselkurs- und der internen Beschäftigungsstabilität angestrebt, wie schon gesagt: über ausreichende stand-by-Kreditfazilitäten des IWF und die ultima ratio der erlaubten Währungsabwertung. Waren diese eingebauten Elastizitäten zu gering? Im Rückblick drängt sich ein ganz anderer Aspekt auf. Das System war *erstens* (zu) US-Dollar-zentrisch: Alle Partner waren gezwungen, im Falle einer US-Inflation diese zu übernehmen. Die vorgesehene Abwertungsoption bot zwar Schutz vor »importierter Depression«, aber die ursprünglich nicht vorgesehene Aufwertungsoption verdammt alle Partner zu »importierter Inflation«, gegen die sie sich zu wehren begannen, zumal als die USA dazu übergingen, ihr Vietnamkriegsdefizit auf diese Weise auf ihre Verbündeten abzuwälzen, unter dem Motto: »sharing the burdens«. Dennoch war es *zweitens* nicht nur dieser Mißbrauch der US-Führungsposition, der das System zu Fall brachte. Der Fehler saß tiefer. Man hatte sich auf die Fixierung nominaler Wechselkurse zwischen den Währungen geeinigt und damit das Inflationsproblem generell negiert. Denn nicht nur die USA inflationierten munter bei festen Wechselkursen. Es war die Mehrheit aller Länder im System, besonders natürlich die Mehrheit der Entwicklungsländer. Infolgedessen wurde nicht nur der Wechselkurs des US-Dollars als »falsch« empfunden, sondern die Mehrheit der übrigen Wechselkurse auch!

Und ein *Drittes* kam hinzu. Das System hatte – vermutlich aus historischer Gedankenlosigkeit – die alten, viel zu starren Wechselkursbandbreiten des Goldstandards übernommen, als die Goldpunkte nur um ± 1 Prozent schwankten, viel zu wenig angesichts der modernen Massenumsätze an den Devisenmärkten.

Was also wurde Bretton Woods zum Verhängnis? *Erstens* die Fixierung auf nur eine Leitwährung, den US-Dollar, *zweitens* die Ausblendung der Binneninflationen der Teilnehmerländer, *drittens* die viel zu engen Bandbreiten tolerierbarer Wechselkursschwankungen.

4.2

Nach dieser Fehleranalyse wird klarer, wie ein modernes, die alten Bruchstellen vermeidendes Weltwährungssystem beschaffen sein müßte (ähnlich Bergsten, Henning 1996). Es hätte sich

- *erstens* auf alle führenden Weltwährungen zu stützen; im Minimum US-Dollar, DM, Yen, Pfund-Sterling – aber warum nicht auch Französische Francs und Schweizer Franken? Es sollte im Prinzip offen sein und bleiben für alle Währungspartner, die seine Regeln akzeptieren;

- *zweitens* auf »reale« Wechselkurse zu beziehen statt auf nominale; es wäre also zwingend, entweder die »hinter« den Wechselkursen laufende Inflationsrate in Grenzen zu halten – oder offen abzuwarten. Ein solches System fester realer Wechselkurse wäre glaubhaft, verlässlich berechenbar und einsturz sicher. Und trotzdem behielten alle Partner ein Mindestmaß an innerer Autonomie und Gestaltungsfreiheit. Sie wären Partner, nicht Sklave des Systems;

- *drittens* auf Bandbreiten der möglichen Auf- und Abwärtsschwankung zu verständigen, die »realistisch« sind, also statt 1 Prozent, sagen wir 3 bis 5 Prozent nach oben wie unten. Man würde das System »atmen« lassen, seine Anpassungslasten und -pflichten begrenzen und Markt und Politik verzahnen.

Es wäre dies ein System ganz anderer Art als das des Euro und EZB. Es wäre *erstens* global statt regional, *zweitens* aber eine echte Währungsunion und keine Währungs»fusion« wie die in Europa. Jeder Partner behielte sein nationales Geld, seine eigene Zentralbank, seine geld- und währungspolitischen Instrumente. Er wäre nur verpflichtet, im Zusammenspiel mit seinen Partnern für real-feste Wechselkurse innerhalb der festgelegten Bandbreiten Sorge zu tragen. Die Einschränkung seiner monetären Souveränität wäre nicht total – wie im Falle Europa. Sie wäre relativ, beschränkt auf Partner, bezogen auf die Option, entweder die Wechselkurse von innen her zu stabilisieren (durch Inflationsbekämpfung) oder abzuwerten, und wäre gemildert durch die große Bandbreite.

Was mit einem solchen Weltwährungssystem, geboren aus den Lehren von Goldstandard und Bretton Woods, an globaler Sicherheit zu gewinnen ist oder wäre – das soll uns jetzt beschäftigen.

5. Vollbeschäftigungspolitik – neu durchdacht (Keynes II)

5.1

Das neue Bretton Woods wäre eines der organisierten und institutionell verfestigten Zusammenarbeit der führenden Weltwährungsländer – freilich mit offener Zutrittschance für den Rest der Welt, im Prinzip ein G-7-Konzept. Denn fünf von ihnen: USA, Deutschland, Japan, England und, wenn es will, Frankreich wären ohnehin angesprochen, während Kanada und Italien derzeit wohl kaum an den mit dem System verbundenen Pflichten brennend interessiert sein dürften.

Die Partner vereinbaren entweder untereinander oder über den IWF, dessen Mitglieder sie sind und bleiben, ein einfaches Schema wechselseitiger Kursstabilisierung – nach dem Muster des am Vorabend des Zweiten Weltkriegs geschlossenen Tripartite Agreement, damals zwischen den USA, England und Frankreich, dem eigentlichen Nukleus des späteren Bretton-Woods-Systems. Jeder Partner hilft jedem anderen bei der Stabilisierung der zuvor festgelegten realen Wechselkurse zinspolitisch, indem er bei Aufwertung der eigenen Währung (am oberen Rand der Bandbreite) die Zinsen senkt, bei Abwertung (am unteren Rand der Bandbreite) die Zinsen erhöht – so daß sich Zins- und Wechselkursbewegung invers verhalten. Mehr ist nicht nötig, denn einer zusätzlichen Abschreckung auf destabilisierende Spekulationskräfte bedarf es nicht: Erstens nimmt die Spekulationslust und -notwendigkeit bei real stabilen Wechselkursen ohnehin ab, zweitens würde sie bei inverser Zinspolitik hinreichend bestraft, denn die Kreditfinanzierung terminlich offener Positionen würde ganz schön teuer!

Abbildung 1: Drei Modelle des Policy-Mix

Nationaler Policy-Mix heute	Euro-Policy-Mix	Globaler Policy-Mix
Externes Gleichgewicht (Anpassung) Preis-stabilität (Geld- und Fiskal-politik)  Vollbe-schäfti-gung (Anpas-sung)	Externes Gleichgewicht (Anpassung) Preis-stabilität (Geld- und Fiskal-politik)  Vollbe-schäfti-gung (Anpas-sung)	Externes Gleichgewicht (Geldpolitik – partiell) Preis-stabilität (Fiskal-politik)  Vollbe-schäfti-gung (Einkom-mens- und Fis-kalpolitik)

Die beiden linken Dreiecke zeigen formal die gleiche Zuordnung von Zielen und Instrumenten, nur daß es sich im ersten Fall um nationale, im zweiten

Fall um europäische Akteure handelt. Im künftigen Euro-Policy-Mix geht der heutige Policy-Mix buchstäblich unter – der nationale Sozialstaat wird de-instrumentalisiert.

Im rechten Dreieck sieht man, welche Kompetenzen dem Nationalstaat in einem global geregelten Weltwährungssystem verbleiben: die Einkommens- und Fiskalpolitik voll, die Geldpolitik partiell, soweit die Zinsen nicht (mehr oder nicht voll) zur Absicherung der (realen) Wechselkurse gebraucht werden.

5.2

Prüfen wir die Konsequenzen eines solchen, sich auf »monetäres Völkerrecht« der Nationen stützenden Globalmodells.

Erstens: Die Weltwirtschaft würde mit einem Schlag stabiler, betriebssicherer, berechenbarer, Wechselkursschwankungen unter ihren Hauptakteuren hörten auf und gehörten der Vergangenheit an. Sie wären weder Waffe im Handelskrieg noch in der Standortkonkurrenz. Zwar kann nicht ausgeschlossen werden, daß periphere Länder weiterhin Inflations- und Abwertungs politik betreiben – doch deren »Nutzen« für die Betreiber dieser Politik nimmt ab, weil Investoren aus Hartwährungsländern sich zurückhalten werden; sie bleiben bei abnehmendem Aufwertungsdruck zu Hause und sehen deutlicher als bisher das reale und nominale Verlustrisiko in diesen Ländern. Volumen und Volatilität der globalen Finanzmärkte bilden sich zurück, denn mit dem schwindenden Währungsrisiko verringern sich auch Absicherungs- und Spekulationsbedarf. Wie zuvor in Goldstandard und Bretton-Woods-System trocknen die Termin- und Derivatemarkte – die heutige »Wachstumsindustrie« im internationalen Finanzgeschäft – allmählich aus. Güter- und Geldumsätze laufen wieder parallel, die internationale crash-Gefahr klingt ab.

Zweitens: Die großen Industrie- und Exportnationen gewinnen – bei so geordnetem Globalismus – einen Großteil ihrer verlorengegangenen monetären Souveränität und Autonomie zurück. Gewiß: Ihre Zinspolitik als ultima ratio der Wechselkursstabilität wird niemals ganz und hundertprozentig frei zur Bekämpfung innerstaatlicher Probleme, sei es Drepression und/oder Inflation. Aber sie fällt auch nicht, wie beispielsweise im Euromodell, zu hundert Prozent aus!

Im monetär geregelten Globalismus kommt es nämlich

- erstens zu einer »symmetrischen« Verteilung der Anpassungslasten bei Wechselkursdruck auf Schuldner- und Gläubignationen, denn die »Auf-

werter« helfen den »Abwertern« durch entgegenkommende Zinssenkung, wodurch sich deren Restriktions- und Deflationsdruck ganz entscheidend mildert;

○ zweitens verbleiben – eben dank der wieder klaren »Zuordnung« (assignment) der monetären Instrumente auf letztlich monetäre Ziele (Wechselkursstabilisierung, Inflationsbekämpfung) den Staaten alle übrigen Instrumente der Makropolitik erhalten. Sowohl Fiskalpolitik wie Einkommenspolitik der Sozialpartner stehen voll zur Disposition von reinen Inlandszielen: wirtschaftliches Wachstum, hoher Beschäftigungsstand, Sozialausgleich. Ein Interessenkonflikt zu den externen Zielen des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts besteht nicht mehr (Hankel 1981, S. 154).

5.3

Wir kommen daher zu dem Schluß: Erst im monetär geregelten Globalismus wird es wieder möglich sein, eine sowohl von inneren Widersprüchen freie wie auf die sozialstaatlichen Ideale ausgerichtete Makrowirtschaftspolitik zu betreiben. Es ist oder wäre dies eine Politik, die sowohl der Keynes'schen Botschaft, daß Vollbeschäftigung keine Markt-, sondern eine makropolitische Größe ist und – von Ausnahmesituationen abgesehen – auch immer bleiben wird, wie auch dem Tinbergen-Gebot entspricht, wonach rationale Politik sich immer dadurch auszeichnet, daß sie die Ziele und die Instrumente dieser Politik in ein zweckadäquates Verhältnis bringt.

Es war Keynes, der mitten im Zweiten Weltkrieg erkannte, daß sich seine große Vision der mit wirtschaftspolitischen Mitteln verwirklichten Vollbeschäftigung in einem Land für alle Länder der einen Weltwirtschaft nur dann erreichen läßt, wenn man die internationalen (globalen) Geldmärkte und Systeme genauso ordnet und einbindet wie die nationalen auch, genauso, wie es 100 Jahre vor ihm David Ricardo und J. St. Mill – konträr zum liberalen Zeitgeist – angedacht hatten. Seine Bretton-Woods-Proposals der Jahre 1941-1943 waren nicht nur das Anschlußkapitel an seine »General Theory«, sondern auch sein Brückenschlag zum Kosmopolitismus der ökonomischen Klassik – gedacht für die »eine Welt«, die er als Folge und Frucht des Zweiten Weltkriegs heraufkommen sah. Das kommunistische Schisma hat diese eine Welt um ein halbes Jahrhundert verzögert. Jetzt erst bricht das »Keynesianische Zeitalter« an, auch wenn es die meisten (auch viele Linke) noch nicht bemerkt haben. Deswegen werden auch Keynes' Proposals wieder aktuell, freilich aktualisiert um die Erkenntnisse, die wir seitdem gewonnen haben (zu Keynes I und II s. Hankel 1988).

Literatur

- Bergsten, C. Fred, C. Randall Henning (1996): *Global Economic Leadership and the Group of Seven*, Washington D. C.: Institute for International Economics, June.
- Hankel, Wilhelm (1981): *Prosperity amidst Crisis*, Boulder, Col.
- Hankel, Wilhelm (1984): *Gegenkurs. Von der Schuldenkrise zur Vollbeschäftigung*, Berlin: Siedler
- Hankel, Wilhelm (1986): *John Maynard Keynes. Die Entschlüsselung des Kapitalismus*, Serie Piper, München: Piper
- Hankel, Wilhelm (1988): J. M. Keynes: Lehren aus der ersten und zweiten Weltwirtschaftskrise des Jahrhunderts, in: W. Franz, W. Gaab, J. Wolters (Hrsg.): *Theoretische und angewandte Wirtschaftsforschung*, Festschrift für Heinz König, Heidelberg, S. 21 ff.
- Hankel, Wilhelm (1995 a): Ist der globale Kapitalverkehr regelbar? In: *Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 8/1995, S. 692 ff.
- Hankel, Wilhelm (1995 b): Das große Geld-Theater, über DM, Dollar, Rubel und Ecu, Stuttgart: DVA, S. 155 ff.
- Hankel, Wilhelm (1996 a): Für ein »Maastricht« der Weltwährungen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/1996, S. 544 ff.
- Hankel, Wilhelm (1996 b): Entwicklung braucht Regeln – ein monetäres Völkerrecht, in: *E + Z (Entwicklung und Zusammenarbeit)* 9/1996, S. 238 ff.
- Hankel, Wilhelm (1996 c): Geldordnung: Global, Europäisch oder Sozial? In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 11-12/1996, S. 700 ff.
- Hankel, Wilhelm (1996 d): Grenzenloser Wettbewerb bedarf einer währungspolitischen Bändigung, in: *Handelsblatt* Nr. 200, S. 26
- Hankel, Wilhelm (1996 e): Der Kreditmotor, in: *Akzente, Sonderheft Finanzsysteme* (Hrsg. GTZ), Sommer 1996, S. 46 ff.
- Hankel, Wilhelm (1996 f): Der Ökonom Friedrich List: Verkannt in alle Ewigkeit? In: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 276, S. 25
- Hankel, Wilhelm (1996 g): Feste oder Flexible Wechselkurse – Alternativen internationaler Währungsordnung, Vortrag in der Akademie für politische Bildung, Tutzing 19.12.1995, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 110. Folge, Oktober 1996, S. 3 ff.
- Keynes, John Maynard (1925): *Economic Consequences of Mr. Churchill*, London.

Die richtige Inflationsrate

Eckhard Behrens

Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG berichtet im Wirtschaftsteil vom 12. Februar 1997 über die wirtschaftspolitischen Auffassungen einflußreicher amerikanischer Wirtschaftsberater. Sie fordern »eine grundlegende Debatte über die Gefahren niedriger Inflationsraten«. Der »Versuch eine bereits niedrige Inflationsrate auf Null zu drücken«, sei mit unerträglich hohen Kosten für die Beschäftigung verbunden. »Die Erfahrungen der letzten Zeit hätten außerdem die These entkräftet, ein niedriges Inflationsniveau sei auf Dauer nicht zu halten.« Der stellvertretende Direktor des Internationalen Währungsfonds, Stanley Fischer, »hat im vergangenen Herbst auf einer Konferenz der Notenbank von Kansas die Auffassung vertreten, mit einer Inflationsrate von 3 Prozent könne eine Wirtschaft besser funktionieren als ohne Inflation.«

Die FAZ berichtet von wirtschaftspolitischen Beobachtungen, Meinungen und Wertungen, aber nicht über deren wirtschaftstheoretische Begründung. Gibt es plausible Erklärungen?

Die amerikanischen Warnungen vor zu niedrigen Inflationsraten sind vor dem Hintergrund der langjährigen günstigeren Wirtschaftsentwicklung, die dort zu beobachten ist, sehr interessant. Bei uns wird die amerikanische Entwicklung ausschließlich auf die größere Lohnflexibilität zurückgeführt. Daran ist sicher viel Richtiges. Vielleicht ist diese wichtige Flexibilität auch eine Frucht der höheren Inflationsrate, die Veränderungen der relativen Preise erleichtert, weil sie reale Lohnsenkungen bei nominal konstanten Löhnen ermöglicht. Dies ist aber wohl nur ein Teil der Erklärung der günstigeren Wirtschaftsentwicklung in den USA.

Dort liegt die Inflationsrate schon seit längerem ziemlich konstant bei 3 %, während unsere noch sinkt. In diesem Zusammenhang sind die amerikanischen Warnungen an die deutsche Adresse beachtenswert. Anlässlich der jährlichen Festlegung des Geldmengenziels, die die Bundesbank stets im Dezember vornimmt und im Monatsbericht Januar genau begründet, wird seit langem die Finanzierung einer Preissteigerung von 2 % beschlossen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Bundesbank diese Inflationsrate für wünschenswert hält; sie hält es für einen geldpolitischen Erfolg, wenn die Inflationsrate eine 1 vor dem Komma hat und sie sieht eine Nullrate wohl als ihr Ideal an. Beschäftigungspolitische Ziele verfolgt die Bundesbank nicht; sie betont immer wieder, daß ihre Aufgabe sich auf die Wahrung der Geldwertstabilität beschränke.

Wenn ich recht sehe, wird auch in Deutschland nicht bestritten, daß Bemühungen der Notenbank, die Inflationsrate zu senken, unvermeidlich Wachstums- und Beschäftigungsverluste mit sich bringen. Nur ist man bei uns der Meinung, die Folgen der Inflationsbekämpfung müßten nur solange getragen werden, bis das Ziel vollkommener Preisstabilität erreicht sei, weil die Inflationsrate nicht mehr mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten gesenkt werden müsse, wenn sie nicht mehr vorhanden sei. Die vollkommene Preisstabilität wird als Gleichgewichtszustand interpretiert. Das liegt ja gedanklich sehr nahe – aber stimmt es auch mit den Beobachtungen des Käufer- und Verkäuferverhaltens überein?

Bei ausgeprägter Inflation beobachtet man einen Verkäufermarkt, bei ausgeprägter Deflation einen Käufermarkt. Die Schädlichkeit beider Lagen ist bekannt; daß sie ausschließlich monetär verursacht sind, ist unstreitig. Dazwischen muß ein Gleichgewichtszustand zu finden sein. Das Gleichgewicht zwischen Verkäufer- und Käufermarkt ist leider nicht bei völlig stabilem Geldwert zu beobachten – dann ist der Kunde immer noch König wie in der Deflation (!), weil dann das Geld der Ware immer noch überlegen ist. Das Marktgleichgewicht von Geld und Ware ist erst bei einer konstanten Inflationsrate von über drei Prozent zu beobachten. Dann ist weder ein Käufer-, noch ein Verkäufermarkt zu beobachten; der Kunde ist nicht mehr König, aber auch noch nicht Bittsteller, sondern gleichgewichtiger Partner.

Wichtig ist die Konstanz dieser Inflationsrate; sie muß außerdem von den Erwartungen aller Beteiligten getragen sein. Das Bewußtsein von der Geldwertentwicklung prägt das Verhalten der Marktbeteiligten. Erst wenn die Inflationserwartungen und die tatsächliche Geldwertentwicklung übereinstimmen, entfaltet eine konstante Inflationsrate heilsame konjunkturelle Wirkungen ohne Betrugseffekte. Die Käufer wissen dann, daß sie mit dem Geldausgeben so wenig warten können, wie die Verkäufer der Waren mit deren Absatz. Beide Seiten fühlen sich dann gleichermaßen unter stetigem Angebotsdruck. Hektik, wie sie bei ausgeprägter Inflation zu beobachten ist, ist noch lange nicht angesagt; aber Zögern der Käufer wird durch steigende Preise ebenso, wenn auch milde bestraft, wie die Schlafmützigkeit eines Verkäufers durch die Alterung seiner Waren und Lagerkosten aller Art bestraft wird. Dieser konjunkturelle Vorteil geht bei zu niedrigen Inflationsraten verloren.

Wenn das Bewußtsein leicht steigender Preise durch die erfolgreichen Bemühungen der Notenbank um völlige Geldwertstabilität gedämpft wird, dann summiert sich das zunehmende Zögern von immer mehr Käufern zu spürbaren Nachfrageausfällen. Im Nachhinein stellt die Notenbank ein stärkeres Sinken der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes fest, als sie es vorhergesehen hatte. Das Sinken der Umlaufgeschwindigkeit verzehrt einen

größeren Teil der Geldmengenvermehrung als geplant – für die Finanzierung des erhofften Wirtschaftswachstums steht die dafür eingeplante Geldmengenvermehrung nicht mehr voll zur Verfügung. Die Bundesbank sollte regelmäßig eine mittel- bis langfristige Nachkalkulation ihrer Geldmengenpolitik vorlegen – also den Zusammenhang der tatsächlichen Entwicklung der Änderungsraten der Geldmenge, des Wirtschaftswachstums, der Umlaufgeschwindigkeit und des Preisniveaus rückblickend verfolgen. Sie hat ja ohnehin Anlaß ihr Geldmengenkonzept zu rechtfertigen. Das Konzept ist gut; seine Handhabung ist dilettantisch, wenn man den Faktor Umlaufgeschwindigkeit dabei als praktisch vernachlässigbare Größe behandelt. Gewiß, sie ist unbequem, sie stört die ruhige Entwicklung. Aber Wegschauen hilft schon gar nicht.

Über ein Frühwarnsystem, das das stärkere Sinken der Umlaufgeschwindigkeit rechtzeitig signalisiert, verfügen die Notenbanken noch nicht. Die Bundesbank verläßt sich auf die Konstanz des langfristigen Trends sinkender Umlaufgeschwindigkeit und beachtet nicht genau genug, daß sinkende Inflationsraten das Sinken der Umlaufgeschwindigkeit beschleunigen. Eine Inflationsrate über drei Prozent würde die Umlaufgeschwindigkeit voraussichtlich verstetigen und sie robust stabil, also ziemlich schockunempfindlich machen. Das in Deutschland seit vielen Jahren zu beobachtende ständige Sinken der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, über das die Bundesbank regelmäßig berichtet, ist die Folge zu niedriger Inflationsraten. Es reicht nicht aus, das Sinken der Umlaufgeschwindigkeit durch stärkere Vermehrungen der Geldmenge zu kompensieren; das ist nicht treffsicher genug, wie die immer wieder hinter den Erwartungen zurückbleibende Konjunktur zeigt.

In Deutschland denkt man nur über »Inflation – ja oder nein« nach, nicht aber über die Frage, ob eine Inflationsrate nicht auch zu niedrig sein kann. Eine verstetigte Inflationsrate ist besser als schwankende Inflationsraten. Mit schwankenden Inflationsraten schwanken stets auch die wirtschaftlichen Erwartungen und vor allem die meist vernachlässigte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Deren Änderungsraten sind für die Preisentwicklung ebenso bedeutsam wie die Änderungsraten der Geldmenge. Jedenfalls gingen die Schwankungen der Inflationsraten in den vergangenen Jahrzehnten weit über den Rahmen hinaus, den die Bundesbank zulassen wollte. Geldwertstabilität wurde immer nur kurzfristig realisiert, weil sie die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes destabilisiert.

Die Angst vor sich beschleunigenden Inflationsraten ist unbegründet. Wer der Auffassung ist, daß die Inflationsraten nur steigen können, wenn die Geldmenge steigt, muß anerkennen, daß die Inflationsraten nur dann steigen können, wenn die Notenbank dies zuläßt. Dies gilt auch dann, wenn

man berücksichtigt, daß die Inflationsrate auch steigen kann, wenn sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes stark erhöht. Die Notenbank kann zur Kompensation die Geldmenge verringern.

Es ist für die Notenbank leichter, das weitere Steigen einer Inflationsrate zu verhindern, als bei zu niedrigen Inflationsraten oder gar Geldwertstabilität ein weiteres Sinken der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu bremsen. Das Ideal der Notenbank sollte eine stabile Umlaufgeschwindigkeit sein; dann kann sie die Inflationsrate und das Wirtschaftswachstum mit Hilfe der Geldmengenpolitik konstant halten. Bei zu niedrigen Inflationsraten sinkt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in kaum kalkulierbarer Weise; sie kann sich bei externen Schocks leicht wieder beschleunigen, bevor die Notenbank mit Reduktionen der Geldmenge gegensteuern kann. Dies ist des Pudels Kern!

Die richtige Höhe der Inflationsrate erkennt man an der Stabilisierung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Sie soll nicht sinken, sie soll nicht steigen, sie soll schon gar nicht schwanken, sondern robust stabil sein.

Geldwertstabilität im Sinne von Null-Inflation ist auch um den Preis hoher Arbeitslosigkeit und hoher »Wachstumsverluste« auf Dauer nicht zu haben. Wer ihre Wirkung auf die Umlaufgeschwindigkeit ernst nimmt, erkennt die schmerzliche Wahrheit, daß sehr niedrige Inflationsraten immer ein vorübergehendes Phänomen bleiben werden. Wer Null-Inflation anstrebt, bekommt bestenfalls schwankende Inflationsraten und schlimmsten falls Deflation. Man kann die Geldwertentwicklung nur zusammen mit der Umlaufgeschwindigkeit stabilisieren, also in Form einer konstanten Inflationsrate richtiger Höhe.

Angesichts der deutschen Rat- und Erfolglosigkeit wird es Zeit, auch hier den Gedanken ernstlich zu prüfen, ob Inflationsraten nicht doch zu niedrig sein können. Es heißt doch immer, wir müßten umdenken und uns von lieb gewordenen Denkgewohnheiten lösen. Also denken wir doch einmal, was wäre, wenn wir eine konstante Inflationsrate wie die USA hätten. Schließlich vermittelt auch das englische Beispiel ähnliche Erfahrungen.

Zur Behandlung der sogenannten Bodenreform der DDR*)

Anton Freisal

Die sogenannte Bodenreform der früheren DDR und ihre Behandlung durch die Bundesregierung bietet eigentlich reichlichen Anlaß, sich endlich einmal grundsätzlich mit der Bedeutung des Bodeneigentums in einer freiheitlichen Gesellschaft zu befassen. In der öffentlich entbrannten Diskussion wird diese Gelegenheit jedoch *gründlich* verschlafen. Sonst hätte man sich vielleicht einmal folgende Fragen gestellt:

1. Der agrarische Großgrundbesitz in der früheren DDR wurde von den meisten enteigneten und vertriebenen Eigentümern nie bezahlt, sondern von ihren Vorfahren im Wege der Besiedlung und der Vertreibung anderer oder auch als Geschenk des Landesherren – von wem hatte der es wohl? – einfach in Besitz genommen. Wie ja am Anfang einer jeden Besiedlung notwendigerweise eine *Besitznahme ohne Bezahlung* steht! – So weit, so gut!

Wenn aber die Erde der Menschheit ohne Bezahlung, also unentgeltlich zur Verfügung steht, wieso kommt dieser Vorteil dann nicht anteilig bei jedem Einzelnen an? Wieso können sich heutige Erben gegenüber ihren Zeitgenossen, die nichts geerbt haben, auf die frühere Besetzung durch ihre Vorfahren berufen und dadurch *das mit jedem Neugeborenen entstehende Recht auf gleiche Teilhabe an der Erde und ihren Schätzen* außer Kraft setzen?

Kann denn im Ernst ein aus Zufall, List und Gewalt, vor allem aber auf Grund rein zeitlicher Priorität entstandenes »Recht«, und sei es noch so gutgläubig erworben, je stärker werden als ein *gegenwärtiges Menschenrecht*? Ist es nicht absurd, wenn eine lebende Rechtsgemeinschaft eine solche Wertung gegen sich selbst vornimmt? Wie können wir es uns gefallen lassen, daß der Maßstab für die Verteilung dessen, was wir alle nur

*) vgl. dazu auch den Beitrag von Prof. Roland Geitmann »Ist die Verweigerung von Rückgabeanträgen für Betroffene der Bodenreform in der SBZ von 1945–49 ungerecht?« in »Fragen der Freiheit« Heft 239, Seite 24–32.

vorfinden: des Bodens, zwischen uns Lebenden den Wirren der Vergangenheit und ihren überkommenen Resultaten entnommen wird anstatt den Kräften und Maßstäben der Gegenwart? Warum lassen wir über Nutzung und Nutzungsrechte nicht die Tüchtigkeit der heute Lebenden entscheiden? Warum lassen wir nicht alle Menschen in gleicher Weise am ökonomischen Gegenwert der zu vergebenden Nutzungsrechte teilhaben? Wo bleibt das Selbstbewußtsein der jeweils lebenden Menschheit, wenn sie sich solchen Unfug aufschwätzen läßt wie das Erbrecht am Boden – wie können einzelne vererben, was keiner geschaffen hat? – ein Erbrecht, an dem das gleiche Recht aller Zeitgenossen auf Teilhabe an der Erde, dieses Recht, das nun wirklich mit jedem von uns geboren ist, immer wieder zerschellt? Wann wird die Menschheit die Fesseln der Geschichte abstreifen und Schluß machen mit der nicht enden wollenden Entmündigung der Gegenwart durch die Vergangenheit?

Zu solchen und ähnlichen Fragen sollte die Auseinandersetzung mit der sogenannten Bodenreform der DDR Anlaß geben. Davon aber hört und liest man nichts! Leider scheint es bei den meisten nicht einmal einen Hauch von Bewußtsein für die mit diesen Fragen angedeuteten Probleme des Bodeneigentums zu geben, sonst könnten sie die Forderung nach Rückgabe des Bodens wohl kaum so harmlos und offenbar guten Gewissens erheben bzw. unterstützen.

2. Da die »Bodenreform«-Geschädigten sich nicht scheuen, nach fast 50 Jahren und einem die damaligen Verhältnisse einfach beendenden Geschichtsverlauf die Rückgabe ihres früheren Grundbesitzes zu fordern, muß es erlaubt sein, auch historisch noch etwas weiter zurückliegende Tatsachen mit in die Betrachtung einzubeziehen – ist es doch gerade die lange Dauer des früheren Besitzes der Enteigneten, die ihrem heutigen Rückgabeverlangen eine besondere moralische Berechtigung geben soll. Zu diesen Tatsachen gehört z.B. der Umstand, daß die in der Vergangenheit auf Druck der Großagrarier betriebene Zollpolitik diesen zu Lasten einer oft hungernden und verhungerten Bevölkerung Einnahmen in die Kassen geleitet hat, die sich im Laufe der Zeit auf das Mehrfache eines eventuellen Entschädigungswerts belaufen haben dürften. Mit dummen Sprüchen wie »das Ausland zahlt den Zoll« hat man diese Politik salonfähig gemacht und den Blick des kleinen Mannes von der Tatsache abgelenkt, daß eben der Zoll den einheimischen Agrariern Preise ermöglicht hat, die die Bevölkerung um das Mehrfache der Zollzahlungen belastet haben, von der Preiserhöhung für die Einfuhr, die ja ebenfalls von der hiesigen Bevölkerung zu tragen war, ganz abgesehen.

Wenn sich aber der Besitz am Boden vererben läßt, dann müssen auch die Lasten, die mit ihm verbunden sind, mit auf die Erben übergehen, bei der Forderung nach Rückgabe also auch die Ansprüche der deutschen Bevölkerung auf Wiedergutmachung des Unrechts, das ihr die Agrarier durch ihre Zollpolitik über Jahrzehnte zugefügt haben. Wie eine gewaltige Hypothek lasten diese Forderungen auf dem Grundbesitz, der durch die Zollpolitik, d.h. durch die Ausbeutung der deutschen Bevölkerung, für seine Besitzer zu einem so köstlichen Gut geworden war. Bringt man sie in Anrechnung zu den heute von den Nachkommen der Vertriebenen erhobenen Forderungen, so dürfte selbst für eine Entschädigung kaum etwas übrig bleiben.

Die durch die Zollpolitik mitverursachte Armut und Hungersnot hat übrigens ihren Teil zum Entstehen der kommunistischen Regime beigetragen, deren Machthaber die Agrarier dann von ihrem Besitz vertrieben haben. So haben die Vorfahren der Vertriebenen nicht nur ihren Grundbesitz als Erbe weitergegeben, sondern zugleich die Grundlage für die Vertreibung ihrer Kinder und Enkel von demselben selbst mit gelegt.

Ich will die Grausamkeiten und die groben Ungerechtigkeiten im unmittelbaren Zusammenhang mit der Vertreibung gewiß nicht bestreiten oder verteidigen, und befänden wir uns in einer Zeit kurz nach der Bodenreform, so hielte auch ich eine Rückgabe für richtig und angemessen. Denn die Vertreibung war nicht der Weg, auf dem man historische Fehlentwicklungen korrigieren konnte. Aber wir befinden uns fast 50 Jahre nach diesen Ereignissen, und von denen, die damals als Erwachsene ihre Existenz verloren haben, leben heute nur noch die wenigsten. Ihnen kann man eigentlich den Boden auch gar nicht mehr zurückgeben, denn niemand kann ihnen diese fünfzig Jahre wiedergeben – und was ist der Boden ohne Leben und Arbeit, die man darauf verbringen kann? Nur noch ein Vermögenswert! An dem aber sind die oft erst in Westdeutschland geborenen Kinder und Enkel der Vertriebenen ja wohl vor allem interessiert.

Was folgt daraus? Eine Rückgabe bleibt ausgeschlossen. Gebäude und sonstige Investitionen sollten in dem Rahmen entschädigt werden, wie dies auch für andere Vermögensverluste geschehen ist. Bei Grund und Boden sollte dagegen die Entschädigung im untersten noch vertretbaren Rahmen gehalten werden.

Soweit zu einer möglichen Bewältigung der Vergangenheit, die allerdings auf viel größere Akzeptanz stoßen würde, wenn nun auch für die Zukunft die Behandlung des Bodens auf eine Grundlage gestellt worden wäre, die zu einer freiheitlichen Ordnung paßt. Hier aber zeigt sich das ganze Ausmaß an

Unverständnis, mit dem Politik und Wissenschaft heute der Bodenfrage gegenüberstehen. So macht man sich leider nur selten klar, daß zu den Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung das Eigentum an Grund und Boden nur insofern gehört, als es ein rechtlich gesichertes Nutzungsrecht darstellt, nicht jedoch als Vermögenswert und als Einkommensquelle. Ein solches Nutzungsrecht ist das Eigentum auch dann, wenn ihm der ökonomische Wert der Nutzungsvorteile, die es bietet, die Bodenrente, durch eine Abgabe laufend entzogen wird.

Die ökonomische Last einer solchen Abgabe hat segensreiche Folgen: sie führt nicht nur zu einer optimalen Allokation (»Wandern des Bodens zum besten Wirt«), sondern auch zu dem städtebaulich und ökologisch erwünschten, sparsamen Umgang mit dem knappen Gut Boden. Sie verhindert Bodenhortung und -spekulation. Und wenn sie den ökonomischen Wert des Bodens, den laufenden Knappheitswert der Nutzungsrechte voll erfaßt, läßt sich schließlich durch ihre gleichmäßige Rückverteilung auf den Kopf der Bevölkerung das gleiche Teilhaberecht aller Menschen an der Erde und ihren Schätzen verwirklichen. Wer dann nur so viel und so wertvollen Boden nutzt wie der Durchschnitt seiner Zeitgenossen, für den ist diese Nutzung im Ergebnis kostenlos, weil er so viel aus der Rückverteilung bekommt wie er als Abgabe bezahlt! Der eingangs erwähnte »Vorteil« einer unentgeltlichen Nutzungsmöglichkeit der Erde durch die Menschheit kommt dann tatsächlich anteilig bei jedem Einzelnen an!

Man sage nicht, so etwas sei in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nicht möglich. Der Sozialen Marktwirtschaft genügt ein solches Eigentum oder Nutzungsrecht allemal. Als Unternehmer wird in ihr ohnehin nur gebraucht, wer *auf* dem Boden, nicht wer *mit* ihm (als Vermögenswert) etwas unternimmt. Auch ist weitgehend unbekannt, daß das Nutzungsrecht, das hierzulande als Erbbaurecht nur ein Schattendasein führt, andernorts, und zwar sogar in hochkapitalistischen Regionen, durchaus weit verbreitet ist: ganz Honkong beispielsweise steht bzw. stand auf Boden, der nicht den Investoren der gigantischen Wolkenkratzer gehörte, sondern der englischen Krone. Das Erbbaurecht und ähnliche Nutzungsrechte werden eben nicht nur von kapitalschwachen Häuslebauern geschätzt, sondern auch von milliardenschweren Konzernen nicht verachtet.

Das mögen doch diejenigen endlich zur Kenntnis nehmen, die die Soziale Marktwirtschaft ständig dadurch gefährden, daß sie sie mit Schlagwörtern statt mit Argumenten verteidigen! Die große Chance öffentlichen Besitzes, den Boden durch Vergabe von Nutzungsrechten zu marktmäßigen Entgelten der privaten Nutzung zuzuführen, wurde und wird in den Neuen Bundesländern nicht zuletzt dank ihres Geredes weitgehend vertan. Von den funktionalen Vorteilen einer nutzungsorientierten Bodenordnung abgesehen, wären

Wertsteigerungen von mehr als 100 Milliarden DM der Allgemeinheit erhalten geblieben. Statt dessen hat man einerseits – für die Enteignungen nach 1949 – den Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung« in den Einigungsvertrag geschrieben und gibt andererseits – für das sogenannte Bodenreformland – offenbar in weitem Umfang Bonzen des DDR-Systems die Möglichkeit, sich billig großer Flächen zu bemächtigen.

So ist leider eine dürftige Bereinigung der Vergangenheit und ein gedankenloses Verspielen jeder Zukunftschancen das Kennzeichen einer Politik, die weder von der Wissenschaft noch von der Publizistik über die Bodenfrage aufgeklärt wurde.

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Eckhard Behrens

Bergstraße 29, 69120 Heidelberg

Prof. Dr. Wilhelm Hankel

Universität Frankfurt/Main

Dr. Dirk Löhr

Schliffkopfstraße 20, 68163 Mannheim

Tätigkeitsbericht 1996

Die schon lange auf verschiedenen Feldern sich vollziehende Entwicklung hin zur sogenannten Globalisierung ist in den letzten Jahren mit wachsender Deutlichkeit ins Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten. Der Zerfall des Ostblocks hat die 2. Welt den Entwicklungen und Einflüssen der 1. zugänglich gemacht, aus der 3. Welt suchen die Schwellenländer mit unglaublichen Wachstumsraten den Anschluß an die 1. Welt, während andere mehr und mehr zurückfallen, ohne sich dem meist zerstörerischen Einfluß der Industrieländer entziehen zu können. So scheint die westliche Zivilisation über die Freiheit der Märkte überall Einzug zu halten oder doch Maßstab für die Entwicklungsrichtung und den Entwicklungsstand aller übrigen Länder der Welt zu werden.

Aber die Entwicklung hat auch Rückwirkungen auf die Industrieländer selbst. Die Globalisierung der Finanzmärkte und zunehmend auch der Investitionsentscheidungen der großen Unternehmen hat eine bisher nicht gekannte Standortkonkurrenz zwischen den Staaten um Investitionen und Arbeitsplätze ausgelöst, bei der nicht nur die Investitionsbedingungen, die die Rechtsordnung des jeweiligen Standorts bietet, für die Investitionsentscheidungen der Unternehmen von Bedeutung sind, sondern auch die Kosten der Arbeit und der Nutzung der Natur, damit also auch die sozialen und ökologischen Standards.

Obwohl es kaum ausbleiben kann, daß so grundlegende Veränderungen wie die europäische Integration, die Teilnahme der Volkswirtschaften des früheren Ostblocks an den Märkten und die rasante Entwicklung des pazifischen Raums dazu führen, daß die Karten der internationalen Arbeitsteilung neu gemischt werden und bestehende Arbeitsplätze in den Industrieländern obsolet werden, so bleibt doch die Frage, warum vor allem in Europa so wenig Arbeitsplätze neu entstehen, die im Rahmen einer neuen, weltweiten Arbeitsteilung, aber auch in den Industrieländern selbst für ganz neue Aufgaben durchaus gebraucht würden.

Das Seminar für freiheitliche Ordnung ist diesen Fragen mit zwei Tagungen nachgegangen: „Durch Geldwertstabilität zu immer höherer Arbeitslosigkeit?“ war das Thema der Tagung, mit der wir im Juli 1996 die konjunkturelle Seite des Problems behandelt haben. Die Stabilitätspolitik der Deutschen Bundesbank und die durch die Maastrichtkriterien allen Teilnehmerstaaten aufgezwungene Politik des stabilen Geldwertes hat in ganz Europa zu einer konjunkturellen Stagnation mit hoher Arbeitslosigkeit geführt, die als Problem für die betroffenen Menschen schon schlimm genug ist, darü-

ber hinaus aber zu einem *circulus vitiosus* führt, indem sie die Kosten der verbleibenden Arbeitsplätze in die Höhe treibt und dadurch diese selbst zusätzlich in ihrem Bestand gefährdet. Nur wenige Stimmen warnen bei der europäischen Situation darüber hinaus vor der Gefahr eines Umkippens der Geldwertentwicklung in den deflatorischen Bereich. Die hohen Stabilitätserwartungen, die an die neue europäische Währung gestellt werden, könnten die Zentralbank zu einer dermaßen rigiden Geldpolitik veranlassen, daß nur ein für sich gesehen vielleicht unbedeutender äußerer Anlaß hinzukommen muß, um Konsumenten und Investoren mit ihren ohnehin schon düsteren Zukunftsaussichten zu veranlassen, sich verstärkt am vermeintlich in dieser Situation sichersten Faktor, dem Gelde, festzuhalten. Eine solche ruckartig ansteigende Vorliebe für Liquidität führt schnell zu sinkenden Preisen und damit zu einer Entwicklung, die durch keine Geldvermehrung der Zentralbank dann mehr aufgefangen werden kann.

Mit der Tagung „Produktivitätsfortschritt bei gesättigten Märkten – wo liegt die Zukunft der Arbeit?“ hat sich das Seminar mit dem Problem auseinandergesetzt, daß die in den letzten Jahren weggefallenen industriellen Arbeitsplätze auch im Rahmen einer neuen internationalen Arbeitsteilung offensichtlich bei uns nicht mehr durch neue Arbeitsplätze im industriellen Sektor ersetzt werden können. Auch hat es den Anschein, daß der tertiäre Sektor, zumindest soweit es die kommerziellen Dienstleistungen betrifft, nicht in der Lage sein wird, ausreichend neue Arbeitsplätze anzubieten. Das Phänomen der Sättigung ist der offiziellen Volkswirtschaftslehre zwar nicht fremd, sie glaubt aber, sich mit der Annahme darüber hinwegsetzen zu können, daß neue Produkte und mit diesen neu entstehende Märkte immer wieder für das Entstehen neuer Arbeitsplätze sorgen werden. Daß der kommerzielle Bereich mit Landwirtschaft, Industrie und kommerziellen Dienstleistungen insgesamt einer allmählichen Sättigung entgegengehen könnte, diese Möglichkeit zieht die Wirtschaftswissenschaft unserer Tage nicht in Betracht. Aber gerade hier wäre es wichtig, zu untersuchen, welche Bereiche der Arbeit es außerhalb der marktfähigen Produkte und Dienstleistungen noch gibt und unter welchen Voraussetzungen hier neue Felder der Beschäftigung entstehen können. Daß es sich hierbei um Bedarf im sozialen und kulturellen Bereich handelt, dessen Befriedigung nicht zu finanzieren ist, solange hohe Realzinsen die Ersparnisse weltweit in rentable Investitionen abziehen, ist ebenso wenig von der Hand zu weisen wie der Umstand, daß eine Kultur, die durch Bürokratisierung nur wenig Attraktivität und Originalität aufweist, natürlich auch nicht in der Lage ist, Finanzierungsmittel von anderen Geldverwendungsarten, insbesondere von der zinsträchtigen Kapitalanlage abzuziehen.

So führt das Problem der Arbeitslosigkeit über das Phänomen der Marktsättigung selbst zur Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und

Kultur sowie der Zukunft der letzteren. Die Zukunft von Bildung und Kultur sieht das Seminar für freiheitliche Ordnung nicht nur als ein inhaltlich-substanzielles, sondern auch als ein ordnungspolitisches Problem. Dieser Fragestellung war deshalb ein Kolloquium gewidmet, zu dem wir vornehmlich aus dem Bereich der Wissenschaft uns bekannte Persönlichkeiten eingeladen hatten, von denen wir wissen oder annehmen konnten, daß sie sich für diese Fragenstellung interessieren. Die Resonanz war durchaus positiv. Wenn auch den meisten eine Teilnahme an dem Kolloquium aus Termingründen nicht möglich war, haben doch viele ihr Interesse an dem Gegenstand und dem weiteren Verlauf des Projektes bekundet. Wir streben jetzt an, die Fragestellung gemeinsam mit einem organisatorisch und finanziell besser ausgestatteten Bildungsträger wieder aufzugreifen und fortzuführen, denn es wird nicht gelingen, den sozialen und kulturellen Kräften in der Gesellschaft die Wirkungsfelder zu erschließen, die ihnen angemessen sind, solange wir nicht eine Sozialwissenschaft des Bildungswesens und der Kultur entwickelt haben, aus deren Wissen heraus der Ordnungsrahmen zur Verfügung gestellt werden kann, der diese Entfaltung ermöglicht, zuläßt und fördert.

Im Hochschulbereich verdient die Tendenz in einigen Bundesländern Beachtung, den Universitäten Globalhaushalte zuzuweisen, deren Verwendung im einzelnen den Hochschulen selbst überlassen bleibt. Soweit bei der Bemessung dieser Zuweisungen an sinnvolle Leistungskriterien, wie insbesondere die Studentenzahl, angeknüpft wird, bedeutet dies nicht nur einen deutlichen Schritt hin zu mehr Autonomie, sondern in der Lehre zugleich zu mehr Wettbewerb zwischen den Universitäten. Damit könnte für diesen Bereich eine Dynamik in Gang gebracht werden, die uns, in vieler Hinsicht angeregt durch das niederländische Beispiel, mehr Freiheit im Bildungswesen insgesamt bringen würde.

Zugleich zeigt die Diskussion um die Einführung von Studiengebühren, daß es an einer Sozialwissenschaft der Kultur und ihrer Finanzierung durchaus noch fehlt. Immerhin könnten die angedeuteten Entwicklungen dazu führen, daß immer mehr Menschen in diesem Bereich das Fehlen einer solchen Sozialwissenschaft bewußt wird und damit die Chancen steigen, daß Wissenschaftler hier ein lohnendes Arbeitsfeld für sich entdecken. Wir fühlen uns durch diese Entwicklungen ermutigt, uns in Zukunft verstärkt für die Etablierung einer solchen Sozialwissenschaft der Kultur einzusetzen.

Der lang gehegte Wunsch, der Bildungsarbeit des Seminars durch Aufbaukurse über einen längeren Zeitraum hin eine größere Kontinuität zu geben, werden wir in diesem Jahr einen wichtigen Schritt näherkommen: Wir bieten 1997 an vier Wochenenden in Bad Boll und darüber hinaus auch zeitversetzt in Neviges bei Wuppertal aufeinander aufbauende Elementarsemi-

nare an. Dabei behandeln wir zunächst die Bereiche der Geld- und der Bodenordnung und greifen zu diesem Zweck auf die bereits mehrfach und mit gutem Erfolg veranstalteten Elementarseminare zu diesen beiden Themen zurück. Ein dritter Baustein wird das Thema „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ zum Gegenstand haben. Wir wollen dabei die Zusammenhänge zwischen Geld- und Bodenordnung, vor allem aber ihre Auswirkungen auf den verschiedenen Feldern des Wirtschaftslebens wie z. B. der Unternehmensorganisation, der Gestaltung des Wettbewerbs und der Märkte sowie des Wirtschaftswachstums behandeln, so daß sich daraus eine Gesamtdarstellung einer von Macht- und Ausbeutungsverhältnissen freien Wirtschaft ergibt. Als Abschluß werden wir das 1996 erstmals veranstaltete Elementarseminar wiederholen, das der Betrachtung der Gesamtordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft und ihrer inneren Zusammenhänge gewidmet war.

Wir sind davon überzeugt, daß wir mit diesem Kurs den Teilnehmern ein gutes Fundament zur Beurteilung der Fragen der Wirtschaftsordnung und ihrer Einordnung in die Gesamtordnung vermitteln können. Das im vergangenen Jahr erstmals in Neviges abgehaltene Seminar zum Geldwesen war nach Teilnehmerzahl und Ablauf eine sehr zufriedenstellende Veranstaltung, weswegen uns der Entschluß leicht fiel, Neviges in diesem Jahr gleich in das ganze Kursprogramm einzubeziehen. Es hat sich auch herausgestellt, daß wir so Zugang zu einem Teilnehmerkreis erhalten, den wir aus Gründen der Entfernung mit unseren Veranstaltungen in Bad Boll bisher nicht erreicht haben.

Abschließend seien die für 1997 geplanten Tagungen noch einmal im Überblick festgehalten:

Termin	Ort	Tagungsthema
01./02. Februar	Bad Boll	Das Geld im Kreislauf der Volkswirtschaft (Elementarseminar I)
19./20. April	Bad Boll	} Reform der Bodenordnung (Elementarseminar II)
25./27. April	Neviges	
03./04. Juli	Bad Boll	Expertenrunde zur Währungspolitik
04.–06. Juli	Bad Boll	Währungspolitische Tagung

Termin	Ort	Tagungsthema
20./21. September 27./28. September	Bad Boll Neviges	} Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Bild einer zukünftigen Wirtschaftsordnung: Zusammenhänge und Auswirkungen der Geld- und Bodenreform (Elementarseminar III)
17.–19. Oktober	Bad Boll	
25./26. Oktober 08./09. November	Bad Boll Neviges	} Die Verwirklichung des Menschen in Kultur, Staat und Wirtschaft (Elementarseminar IV)
21.–23. November	Bad Boll	
		Henry-George-Kongreß (INWO-Deutschland, Schweiz, Österreich und International als Mitveranstalter angefragt)

Die Elementarseminare finden jeweils in Bad Boll im Seminargebäude statt und werden danach in Neviges bei Wuppertal in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte wiederholt – mit Ausnahme des Elementarseminars I, das bereits im Oktober 1996 in Neviges veranstaltet worden ist. Die vier Elementarseminare bauen aufeinander auf, können aber auch einzeln besucht werden, da die früher erarbeiteten Ergebnisse, soweit sie für das jeweilige Seminar von Bedeutung sind, kurz rekapituliert werden.

Wir möchten den Freunden und Förderern des Seminars für freiheitliche Ordnung bei dieser Gelegenheit für ihre Unterstützung sowie für manchen wertvollen Rat und Hinweis danken und werden alles in unseren Kräften Stehende tun, damit das Seminar als mahnende, aber auch als wegweisende Stimme in den Auseinandersetzungen unserer Zeit zunehmend Gehör findet.

Für das Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.



Fritz Andres
(Vorstandsmitglied)



Tagungseinladung

Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Badstraße 35, 73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Die Entfaltung des Menschen in Kultur, Staat und Wirtschaft

Ein Elementarseminar

*vom 25.–26. Oktober 1997 in 73087 Bad Boll, Badstraße 35 und
vom 8.–9. November 1997 in 42111 Wuppertal (Neviges), Schanzenweg 86,
in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte*

Mit diesem Seminar wird der Versuch unternommen, die drei großen Bereiche der Sozialordnung – die Kultur, den Staat und die Wirtschaft – in ihrer Eigengesetzlichkeit und in ihren wechselseitigen Beziehungen darzustellen: wann und wo sie sich in ihrer Entfaltung bedingen und stützen, wo sie sich begrenzen und wo sie sich stören.

Das schließt eine Pathologie des sozialen Organismus ein, die untersucht, welche Schäden entstehen, wenn sich ein Bereich über seine eigentliche Funktion hinaus ausdehnt oder dahinter zurückbleibt, und welche Auswirkungen dies auf die andern Bereiche hat.

Diese Art der Betrachtung führt zu Fragen und Erkenntnissen, die für die traditionellen Sozialwissenschaften auf Grund ihrer Spezialisierung in der Regel außerhalb ihres Blickfeldes liegen. Ohne eine umfassende Sozialerkenntnis sind jedoch die gesellschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen unserer Zeit weder richtig zu diagnostizieren noch zu korrigieren.

Für den Einzelnen hängt von der Ausgestaltung der Sozialordnung entscheidend ab, inwieweit er durch sie in seiner Entwicklung angeregt und gefördert oder gehemmt und gestört wird. Die soziale Frage ist für ihn eine Schicksalsfrage.

Das hiermit angekündigte Seminar ist das letzte von vier jeweils nacheinander in Bad Boll und Neviges stattfindenden Elementarseminaren, die sich durch einen nach didaktischen Gesichtspunkten gewählten Aufbau und die seminaristische Durchführung (jeweils nur kurze Impulsreferate mit anschließender gemeinsamer Erarbeitung des Themas) besonders auszeichnen. Die Elementarseminare bauen

aufeinander auf, können aber auch einzeln besucht werden, da die früher erarbeiteten Ergebnisse, soweit sie für das jeweilige Seminar von Bedeutung sind, an passender Stelle rekapituliert werden.

Nachdem in den Elementarseminaren I bis III die Grundlagen unserer Wirtschaft und schließlich eine von Macht- und Ausbeutungsverhältnissen befreite Wirtschaftsordnung (Marktwirtschaft ohne Kapitalismus) erarbeitet wurden, soll im hier angezeigten Seminar die Wirtschaft im Rahmen der Gesamtordnung dargestellt werden. Die Charakteristik der Bereiche Kultur, Staat und Wirtschaft sowie der zwischen ihnen bestehenden Beziehungen ist sein Gegenstand. Dabei interessiert vor allem die Frage: wovon hängt es ab, ob sich wechselseitige Störung und Lähmung oder Anregung und Förderung ergibt? Wovon hängt es daher auch ab, ob die Sozialordnung die Entfaltung des Menschen in Kultur, Staat und Wirtschaft begünstigt oder behindert?

Die vier Elementarseminare in ihrer Gesamtheit vermitteln einen Überblick über die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft. Sie geben dem Teilnehmer das Rüstzeug, um sich in den oft schwer zu durchschauenden Zusammenhängen unserer Gesellschaftsordnung ein eigenständiges Urteil zu bilden.

Samstag, den 25. Oktober bzw. 8. November 1997

9.30 Uhr	Öffnung des Tagungsbüros
10.00 Uhr	Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema
10.15 Uhr	Die Teilhabe des Einzelnen – am Kulturleben – am staatlich-politischen Leben – am Wirtschaftsleben Welches sind die gebietstypischen Motive, Handlungen, Begegnungsformen und Kontrollen?
11.00 Uhr	Pause
11.30 Uhr	Die ordnungspolitischen Konsequenzen: Leitgedanken für die Gestaltung von Kultur, Staat und Wirtschaft
12.30 Uhr	Mittagessen in benachbarten Gasthäusern
14.30 Uhr	Störungen im sozialen Organismus durch Über- oder Unterfunktion – des Staates (insb. durch Bürokratisierung von Wirtschaft und Kultur) – der Wirtschaft (insb. durch Kommerzialisierung staatlicher und kultureller Leistungen) – der Kultur (insb. durch Ideologisierung der Gesellschaft)
16.00 Uhr	Pause
16.30 Uhr	Interdependenzen zwischen – Staat und Wirtschaft – Staat und Kultur – Wirtschaft und Kultur Nur in einer gewissen Unabhängigkeit voneinander kann sich jeder Bereich seiner Eigenart entsprechend entfalten – und gerade dadurch seine Funktion für das Ganze am besten erfüllen.
18.00 Uhr	Abendessen in benachbarten Gasthäusern
20.00 Uhr	Betrachtungen zum biologischen und zum sozialen Organismus – N. N.

Sonntag, den 26. Oktober 1997 bzw. 9. November 1997

9.00 Uhr Ansatzpunkte für ordnungspolitisch erwünschte Entwicklungsschritte in Kultur, Staat und Wirtschaft
12.00 Tagungsende
Nach kurzen Einführungsreferaten ausführliche Aussprachen zu jedem Thema.
Referenten (außer Abendvortrag):
Fritz Andres, Kirn, Eckhard Behrens, Heidelberg und Jobst v. Heynitz, München
Anmeldung für Bad Boll: Tel. 0 71 64/35 73 oder 54 97 (Frau Grosz)
Anmeldung für Neviges: Tel. 0 20 53/21 71 (Frau Frenking)



Tagungseinladung

Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Badstraße 35, 73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Globalisierung der Wirtschaft und ihre Folgen

Tagung

vom 18.–19. Oktober 1997 im Seminargebäude in 73087 Bad Boll, Badstraße 35

Globalisierung der Wirtschaft als Weiterentwicklung der internationalen Arbeitsteilung, der weltwirtschaftlichen Verflechtung, der Steigerung von Produktivität und Wohlstand – so sehen es die einen. Globalisierung als Weg des Kapitals, sich Arbeit und Umwelt unter Ausnutzung des Standortwettbewerbs zu niedrigsten Bedingungen (Sozial- und Ökostandards), dienstbar zu machen – das befürchten die andern. Was können wir erwarten? Was müssen wir befürchten? Wovon hängt eine gedeihliche Entwicklung ab?

Samstag, den 18. Oktober 1997

9.30 Uhr Öffnung des Tagungsbüros
10.00 Uhr Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema
10.15 Uhr Wie es begann: Der zwischenstaatliche Handel, die internationale Arbeitsteilung und das Gesetz der komparativen Kostenvorteile – Prof. Dr. Jan Franke-Viebach, Siegen

11.15 Uhr	Pause
11.30 Uhr	Die Produktionsfaktoren werden mobil – der Wettbewerb der immobilen um die mobilen Produktionsfaktoren; Zins- und Reallohndifferenzen sowie Wechselkurse als Steuerungsgrößen – Prof. Dr. Jan Franke-Viebach, Siegen
12.30 Uhr	Mittagspause
14.30 Uhr	Kaffee und Gespräche im Saal
15.00 Uhr	Arbeitskosten und Naturverbrauch im globalen Wettbewerb. Führt die Globalisierung zur Nivellierung der sozialen und der ökologischen Standards? – N.N.
18.00 Uhr	Abendessen in umliegenden Gaststätten
20.00 Uhr	Globalisierungsfalle – Zerrbild oder Wirklichkeit? – Dr. Dieter Stockburger, Grünstadt

Sonntag, den 19. Oktober 1997

9.00 Uhr	Wege aus der Globalisierungsfalle – Fragen des Prinzips, Fragen des Übergangs – Eckhard Behrens, Heidelberg
10.00	Pause
10.30	Wie kann es weitergehen? – Optionen für die Zukunft
12.00	Tagungsende

Tagungsleitung:

Fritz Andres, Kirn und Jobst von Heynitz, München

Die Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst. Für nicht-verlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Vierteljahresschrift »Fragen der Freiheit«
Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
Begründet durch Diether Vogel †, Heinz-Hartmut Vogel †,
Lothar Vogel

Redaktion: Fritz Andres % Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.,
D-73087 Boll, Badstr. 35, Telefon (07164) 3573

Preis: Jahresabonnement DM 50,—, sfr. 40,—, ö. S. 350,—
Jahresabonnement für Schüler, Studenten und Auszubildende: DM 30,—, sfr. 25,—, ö. S. 220,—
(einschließlich Versandkosten)

Einzelhefte: DM 10,— sfr. 8,—, ö. S. 70,— (zuzügl. Versandkosten)

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von DM 125,— (sfr. 100,—/ ö. S. 900) pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Sammel-mappen: jeweils für 1 Jahr DM 10,—, sfr. 8,—, ö. S. 70,—
zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011 (BLZ 610 500 00)
Raiffeisenbank Boll Nr. 482 999 004 (BLZ 600 697 66)

Postbank: Frankfurt am Main 26 1404-602 (BLZ 500 100 60)
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle †

Fundstelle »Maximen und Reflexionen«
des Mottos: von Goethe

ISSN 0015-928 X
Satz: Satzstudio Späth GmbH, 73102 Birenbach
Druck: Druckerei Müller, 73102 Birenbach
Printed in Germany